

Die Deutschnationalen gegen Hergt.

Der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Montag im Lehrerbereinshaus einen Parteitag ab.

Als päpstliches Merkmal kann festgestellt werden, daß widerwärtig eine scharfe Opposition gegen das von Herrn Hergt in der Preussischen Landesversammlung aufgestellte Arbeitsprogramm zum Ausdruck kam. Der Abgeordnete der Nationalversammlung Laberenz bezeichnete als das Ziel der Partei: eingestellt sein auf die höchste Opposition. Das Ordnungsprogramm des Abgeordneten Hergt habe leider eine gewisse Besorgnis und Unruhe ins Land getragen. Unter lebhafter Zustimmung forderte Laberenz die Parteileitung auf, in bezug auf derartige Stundgebungen doch die größte Vorsicht walten zu lassen. Ebenso ergab in der allgemeinen Aussprache Stadtrat Berndt schwere Bedenken gegen die anscheinend grundsätzliche Wendung der deutschnationalen Politik. Das Programm von Hergt habe starke Beunruhigung und Verwirrung im Lande erregt, und ein erheblicher Schaden sei nicht zu leugnen. In Gemäßheit dieser Ausführungen nahm der Parteitag einstimmig eine Entschließung an, wonach Parteileitung und Fraktion sich jederzeit bewußt zu bleiben haben,

daß nur in Kampfhaltung und Opposition den vaterländischen Zielen zum Siege verholfen werden kann, und daß nichts geschehen darf, was als eine Verwirrung und Schwächung dieses entscheidenden Standpunkts gedeutet werden könne.

Damit ist Hergt in seiner Partei unten durch gefallen, sein Arbeitsprogramm stellt sich als ein Bluff heraus. Wir, die wir nie daran geglaubt haben, daß die Deutschnationalen im Ernst sich auf den Boden der Republik stellen würden, begrüßen es, daß auf diese Weise Klarheit geschaffen ist.

Wo sie selbst regieren!

Wir haben oft an dieser Stelle gezeigt, wie die Unabhängigen in den Kleinststaaten, wo sie selbst das Heft in Händen haben, genau dieselben Konzeptionen an die Tatsachen machen müssen, die sie uns Mehrheitssozialisten als sündigen Verrat vorwerfen. Die „Freiheit“ verachtet demgegenüber nachzuweisen, daß allein die „grundtägliche Politik der Sozialisten in Weimar und Berlin“ Schuld daran sei, daß die Unabhängigen in Reuß und anderswo keine radikale Politik treiben können. Diesen Rechtfertigungsversuch stellen wir nun folgenden Angriff entgegen, der wörtlich einem Flugblatt entnommen ist, das die Unabhängigen in „ihrem“ Staate Reuß verbreiten. Er lautet:

„Es wäre ein beschämendes Zeugnis für die Arbeiter, wenn sie alle den niedrigen Verleumdungen unserer Vertreter in der Regierung Gehör schenken würden. Unsere Genossen haben überall gefehlt, was in ihren Kräften stand. Wenn nicht mehr erreicht werden konnte, so lag das an den tausenderlei Widerständen, die sich der Tätigkeit unserer Genossen in den Weg stellten und die nicht von heute auf morgen überwunden werden können. — Worin bestehen die Vorurteile, die gegen unsere Genossen erhoben werden? Es geht über unsere Kraft, alles das zu widerlegen, was seit Monaten zusammengetragen worden ist. Wie verdienstvolle Genossen, die seit 40 Jahren nur von der Sorge um die Partei des Proletariats beherrscht werden, sie werden in der gemeinsten Weise heruntergerissen. Es geschieht das alles nur zu dem Zweck, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Genossen zu untergraben. Wer glaubt, berechtigten Grund zur Kritik an der Tätigkeit unserer Genossen in den Vertretungskörpern zu haben, dem ist in den Mitgliederversammlungen jederzeit Gelegenheit gegeben, sich offen und rücksichtslos auszusprechen. Das ist der Weg, auf dem alle Beschwerden vorzutragen sind. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bestehenden Zuständen ist durchaus berechtigt, die Arbeiter aber müssen endlich wieder erkennen, daß die Schuld an diesen Zuständen nicht bei unseren Genossen in der Regierung zu suchen ist. All das

Die schwarze Not.

Aus Wien wird geschrieben: In diesen Tagen ist in Wien die schwarze Not, die durch den ganzen frohlenden Sommer wie ein Giftnebel am Himmel stand, zur Wirklichkeit geworden. Immer bedenklicher lauteten in den Zeitungen die Berichte über die Robbenzstände, immer dringlicher wurden die Forderungen der Stadt-Kommissionen, die den Vorrat an schwarzem Diamant auf ein Minimum schwinden lassen, bis eines Morgens in der Kleinstadt mit ihren zwei Millionen Einwohnern die Kulkadern stilkanden und keine Elektrische mehr fahren konnte. Die 800 000 Menschen, die in Wien täglich die Wada demühten, die meisten, um aus den Bahnhöfen zu ihrer Arbeitsstätte im Herzen der Stadt zu gelangen, mußten den oft mehrstündigen Weg zu Fuß zurücklegen. In allem Liebel setzte mit dem Tag der Einstellung der elektrischen Betriebe nach einer vielwöchentlichen Schlußperiode ein Wettersturz mit Kälte, Sturm und Regen ein, so daß es wirklich schien, als hätten alle göttigen Engel die einst so fröhliche Stadt verlassen und als könne kein Leidenschick für sie bitter genug sein. So mühten die Schulkinder, die Lehrer, die Arbeiter, die Beamten mit fliegenden Mänteln und duckmähtigen Hüten erst die endlosen Straßen durchzuwaten und dann stundenlang in den feuchten Kleibern auszuharren.

Wien hat sich stets durch seine Schönheit, seinen Reiz, aber selten durch seine Organisationsgabe ausgezeichnet, und an Organisation fehlt es auch jetzt überall. Ost wurden in diesen Tagen Vergleiche mit Berlin laut, das in einer ähnlichen Situation einen ganzen Wagensdienst ins Leben rief. Hier fällt eine Beförderung mit Automobilen oder Plätzen für die Masse des Volkes, auf die es dem autokrat, ganz weg; denn wer vermag für eine Fahrt in die Stadt dem Autosher die „Kleinigkeit“ von 200 Kronen in die Hand zu drücken? Wer sich auf der Straße mit einem Plattenfischer zu handeln erdreistet, wird ausgelacht und beschimpft, und so ist trotz aller Wetterumbill das Laufen doch noch das beste Beförderungsmittel.

Wenn aber der arme, leidende Stadt nicht bald Hilfe gesendet werden kann, wird die schwarze Not immer größere Schrecken nach sich ziehen. Schon spricht man von der bitteren Notwendigkeit, in den Haushaltungen und Industrien das Elektrische auszuschalten und das zum Kochen unentbehrliche und im Verbrauch schon so knapp zugemessene Gas ganz absperrten zu müssen. Das würde auf die Bevölkerung, die dann ganz ohne Licht wäre und sich nicht einmal die kleinsten Notigkeiten bereiten könnte, wie ein Todesstoß wirken.

Die warme Sonne hatte trotz all ihrer Feuerkraft niemanden über den Ernst der Lage hinwegtäuschen können. Seit Wochen konnte schon den Haushaltungen kein Küchenbrand mehr angegeben werden, und die Frage, wie man sich im Winter vor der Kälte schützen wird, läßt keinen Wiener zur Ruhe kommen. Die vermögenden Kreise haben sich, so gut es ging, bei großen Firmen mit Holz eingebekkt; aber auch hier reicht in den meisten Fällen der Vorrat an Holz, das Kloweise mit 70 Pf. fürs Aljo verkauft wird, nur, um der ärgsten Not zu begegnen. Das Volk aber hat sich in seiner Angst und Sorge sein Heizmaterial seit Monaten aus dem herrlichen nahen Wiener Wald geholt, der von der Regierung zum „Eigentum aller“, erklärt worden war. Der Wald wandert förmlich auf

Glend, in dem wir uns befinden, ist durch den Krieg verschuldet. Nicht das Gefährte aller jener Leute, die jetzt wieder aus der Vergessenheit austreten, sich als Führer der Kommunisten gebären und in ihrer Tollwut so weit gehen, den Arbeitern das Abonnement sozialistischer Zeitungen zu empfehlen, dürfte veranlassen, auch nur um Haarsbreite von dem Wege abzuweichen, der allein die Arbeiter zu Erfolgen führen wird.“

Wenn fängt diese Sprache einer unabhängigen Regierung nicht bekannt? Sichtlich ist jedes Wort richtig, aber jeder Satz trifft mit der gleichen Schärfe auch die Seite der Unabhängigen selber, die sie nämlich dort entfalten, wo nicht sie, sondern die Mehrheitssozialisten in der Regierung sitzen. Freilich, wenn wir uns in dieser Tonart beschweren, dann ertönt von der unabhängigen Seite nur höhnisches Gelächter! Der „Freiheit“ gegenüber aber stellen wir fest, daß ihre reuigen Genossen — weit vernünftiger als sie selber — die Schuld an den Unvollkommenheiten ihrer Regierung nicht auf die 111 Mehrheitssozialisten, sondern auf das durch den Krieg verursachte Elend schieben. Sehr verständlich, nur sollten die Unabhängigen diesen Grund auch bei anderen Leuten als sich selbst gelten lassen.

Die Untersuchung der Kriegsschuldfragen.

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung über die Kriegsschuldfragen wurde mitgeteilt, daß eigene Räumlichkeiten für seine Arbeiten am Pariser Platz gemietet sind und demnächst bezogen werden. Der Entwurf des Abg. Dr. Gaard über die Arbeiten der Unterausschüsse wurde namentlich deswegen angefaßt, weil er von der Voraussetzung ausgeht, daß die Verfassung zwar eine Anwendung der Bestimmungen der Strafrechtsgesetzgebung auf die Beweiserhebungen vorschreibt, aber damit die zu vernehmenden Auswärtigen nicht zu Jungen und Schwerverständigen im Sinne eines Disziplinarverfahrens macht. Auch der Staatsgerichtshof kennt nur ein disziplinarisches Verfahren, die Untersuchungsausschüsse aber seien lediglich Organe zur Feststellung politischer, wirtschaftlicher usw. Tatsachen ohne jede Strafbarkeit, und die Vorschriften der Verfassung, die Bestimmungen der St.P.O. „sinngemäß“ anzuwenden, bedeute lediglich einen technischen Arbeitsbezug für die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Das Ergebnis der langen Beratung ist, daß besondere Bestimmungen über die Beweiserhebung in der Geschäftsordnung vorzuziehen sind und die sinngemäße Anwendung der Strafrechtsgesetzgebung der Praxis überlassen werden soll. Dagegen wurde beschlossen, daß die Arbeiten jedes Untersuchungsausschusses dreifach sind: 1. Urkunden- und Quellenbeschaffung, 2. Beweisaufnahme in öffentlicher Verhandlung mit protokollarischer Niederschrift, 3. Beratung der Ergebnisse und Verichterstattung an den Hauptauschuss. Die Erledigung der Arbeiten unter 1. und 2. erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung. Auch in öffentlicher Verhandlung kann sich der Ausschuss jederzeit zu nicht öffentlicher Beratung zurückziehen. Die Urkundenbeschaffung wird sich auf in- und ausländisches Material erstrecken, eventuell mit öffentlicher Aufforderung an den Besitzer solchen Materials, es beim Ausschuss einzureichen. Die Auskunftsleistungen werden unter fester Angabe des Gegenstandes, über den sie vernommen werden sollen, auf einen bestimmten Tag geladen, unter Vorbehalt der Anwendung der gesetzlichen Zwangsvorschriften. Die Zeugnisverweigerungsgründe sind nicht fixiert. Als feststehend nimmt der Ausschuss an und stellt den entsprechenden Antrag, daß die politischen Zentralinstanzen für alle gesessenen und „Lebenden“ Beamten die Entbindung vom Amtsgeheimnis generell aussprechen.

Repressalien gegen die Pfälzer.

Aus der Pfalz wird der „Frankf. Zig.“ berichtet: Das französische Oberkommando behauptet in einem Erlaß an die pfälzische Regierung, daß Militärpatrouillen am Rhein wiederholt das Opfer nächtlicher Angriffe geworden seien. Die Tatsache, daß die deutschen Behörden die Schuldigen niemals ermitteln, lasse auf eine Mitschuld der Bevölkerung schließen. In Zukunft sollen deshalb die Gemeinden, in denen solche Angriffe erfolgen, dafür bestraft werden.

Ein Zwangs-Landrat.

Nachdem die Franzosen den Landrat des Kreises Saarlouis im Saargebiet abgelehnt hatten, zwangen sie jetzt den Kreisrat, den Adjutanten des Militärverwalters, einen Rentmeister Fabrier, zum Landrat zu wählen.

Es ist von hier aus nicht zu erkennen, ob der Kreisrat nicht unter einem Hoch auf das betrieblende Frankreich das Vokal hätte verlassen und auf seine „Rechte“ pflegen können.

Wegen nachlässiger Ehrenbezeugung gegenüber französischen Offizieren verurteilte laut Bekanntmachung in den Saarlouiser Blättern das Militärpolizeigericht Saarlouis zwei Einwohner von Schwalbach zu je 8 Tagen Gefängnis. Warum gehen die Menschen dort nicht ohne Gut?

Sturz der Kölner Zentrumsherrschaft.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Köln wird das neue Kollegium bestehen aus: 49 Zentrumseuten, 43 Sozialdemokraten, 8 Unabhängigen, 7 Demokraten, 5 Deutschnationalen und 2 Deutschnationalen.

Die Wahl ist von einer großen Bedeutung, weil sie einen Rückschlag auf die Wandlung in der politischen Stimmung seit den Nationalwahlen darstellt. Und das Ergebnis ist? Eine Schwächung der bürgerlichen Parteien zugunsten des Sozialismus. Zwar haben bei der schwachen Wahlbeteiligung alle Parteien, die Unabhängigen ausgenommen, Stimmenverluste erlitten, aber die Verluste der Bürgerlichen sind stärker als die unsererigen.

Zum ersten Male sind in ein so schwarzes Köln mehr sozialistische Stimme als Zentrumstimmen abgegeben worden. Die Sozialdemokratie, die unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht einen Sitz erringen konnte — drei Sitze waren ihr burgfriedlich überlassen worden —, ist eine starke Partei im Kölner Rathaus geworden, mit der Zentrumsmehrheit in Köln, diesem Hauptstapel des deutschen Zentrums, ist es vorbei.

Die Unabhängigen haben ihre Stimmenzahl von 4000 auf beinahe 14000 steigern können. Diese Steigerung ist schon deshalb sehr mächtig, weil die Unabhängigkeitspartei bei den Januarwahlen in Köln weder über eine Presse noch über eine Organisation verfügte. Jetzt haben sie bei starker Anspannung kaum den sechsten Teil der mehrheitssozialistischen Stimmen erlangen können. Gerade in vielen Arbeiterbezirken haben sie schlecht abgeschnitten.

Eine schwere Niederlage haben die Demokraten, die Volksparteiler und die Deutschnationalen erlitten. Die sonderbündlerischen Freunde der „Rheinischen Republik“ wagten in der Wahlbewegung kaum hervorzutreten. Die erdrückende Mehrheit der Kölner Bevölkerung will von keinerlei Lösung etwas wissen.

Befreiungskampf gegen Lazarettfranke.

Eine heftige Meldung aus Rowno berichtet: Am 20. September wurde in dem Mädchengymnasium in Schaulen ein Lazarett für die deutschen Truppen eingerichtet. Am folgenden Tage drangen gegen 9 Uhr morgens etwa fünfshundert Litauer, darunter viele Schüler, in das Gymnasium, in dem sich acht deutsche Soldaten als Wache befanden, gewaltsam ein und konnten nur unter großen Schwierigkeiten zur Räumung des Gebäudes veranlaßt werden. Hierbei wurde ein deutscher Soldat von einem Schüler durch einen Messerstich verletzt. Von den litauischen Angreifern wurde niemand verhaftet.

Levin verhaftet!

Die Wiener Blätter verzeichnen ein Gerücht, wonach der bapetische Sozialistenführer Dr. Max Levin in Wien verhaftet worden sein soll.

Karren, Handwagen, in Bündeln und Säcken in Tausende von Rädern und Kellern. Er wird an Ort und Stelle mit ganz unzulänglichen Werkzeugen von jedem, der sich als „Verechtigter“ ausweisen kann, zerhackt, zerlegt, zerstückt; ganze Waldreife sind schon aufgetrieben worden. Jetzt wird von den Bürgerlichen, den Intellektuellen und Beamten ein wahrer Feldzug gegen diese Verwüstung und gänzliche Biotiegung des Waldes geführt, und auch die Regierung sucht dem Treiben Einhalt zu gebieten. Vielleicht wird man den Wiener Wald noch vor dem Absterben bewahren können. Aber wenn nicht bald genügende Mengen Säbten in die Stadt hineintourmen und das Volk von der furchtbaren, der schwarzen Not befreit wird, dann wird kein Naturheil helfen, und der Wiener Wald wird dem hungernden und stierenden Wien rasch zum Opfer fallen.

H. Sch.

Hoyer und Dampf. Aus den Kreisen der „oberen“ Besucher der Staatsoper ist Beschwerde darüber erhoben worden, daß dem 3. und 4. Rang der Zutritt zum Hoyer nicht gestattet ist. Es wurde darauf verwiesen, daß in einer Republik derartige Klassenunterschiede schlecht angebracht ist. Wie haben der Intendantur der Oper diesen Sachverhalt unterbreitet und angefragt, ob es denn nicht möglich sei, allen Besuchern das Hoyer zu eröffnen. Darauf ist uns geantwortet worden:

Mit Rücksicht auf die bestehenden im Interesse der Sicherheit der Theaterbesucher getroffenen polizeilichen Vorschriften ist es leider nicht möglich, der Anregung Folge zu geben. Der Wandelgang des Opernhauses faßt höchstens 1100 Personen. Dabei wird schon auf drei Personen nur 1 Quadratmeter Raum gerechnet und da bei ausverkauftem Hause 1638 Personen in Betracht kommen, so würde hier rund 530 Personen der erforderliche Raum im Saal fehlen. Der 3. und 4. Rang des Opernhauses hat aber 370 Plätze. Es geht also schon hieraus hervor, daß es nicht möglich ist, diesen 370 Personen Zutritt zu dem ohnehin meist schon bis auf den letzten Platz überfüllten Wandelgang zu gestatten. Im Falle einer etwaigen Panik würde sonst eine rechtzeitige Entleerung des Hauses völlig ausgeschlossen sein, so daß ein Unglück von unübersehbarer Größe unvermeidlich wäre. Gerade die großen Theaterbrände haben Veranlassung dazu gegeben, für die Theaterbesucher ausreichende Ausgansmöglichkeiten zu schaffen, was sich nur erreichen läßt, wenn die einzelnen Ränge besonders in sich abschließende Treppenanlagen haben. Schon aus diesem Grunde ist es vollständig verboten, die Besucher aus allen Rängen sich in dem Wandelgang anzuhäufen zu lassen, da dadurch eine gesicherte Entleerung des Hauses im Falle der Not völlig vereitelt werden würde.

Lehrer ist dieses Verbot nicht eine kostbare Erfindung der neuen Regierung, sondern eine seit langem bestehende Sicherheitsmaßnahme. Solange nicht ein Weg zur praktischen Abhilfe gezeigt werden kann, wird es also in der Oper, die ja von berühmten als Konzertsaal und Klassentheater gebaut ist, bei dieser Einrichtung bleiben müssen.

Da dem 3. und 4. Rang auch die Benutzung des Telephons in der Vorhalle des Hauses unterliegt und auch hier aus Gründen übermäßiger Raumverdrängung eine Veränderung nicht möglich ist, soll ein neuer Fernsprecher für den 3. und 4. Rang eingerichtet werden.

Hermann Thimig sang am Sonntagabend im Reichssaal Lieder zur Laute. Er tat es gut und vergnüglich, mit der-

dem, das Bauerntweihenhafte vermeidenden Gesichtspiel. Doch der Saal größer war, als die Gitarre vertragen konnte, ist beiläufig nicht seine Schuld. Die Badische Zeitung, die den Saal beherrschte, geriet denmaßen in Begeisterung, daß sie im Herausdrucken von Jugaben sogar den mühsam erlernten Satz verlor. Besonders schon gelangen ihm das furchtbare „Jagdabenteuer“ („Laut, Jäger, laut, laut, laut, laut, laut...“), der „Abse und die Götter“ und das gut ins Sachliche überlieferte „Wir is so brüme...“. Noch in der Garderobe summt sie alle.

Das Land ohne Gewürzmittel. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist, wie bereits angeführt wurde, am 1. Juli d. J. das Alkoholverbot in Kraft getreten. Dazu bemerkt die „Anschauung“: Damit verabschiedet die hochentwickelte amerikanische Brauindustrie und der amerikanische Weinbau. Entschädigung wird nicht gewährt, da nach amerikanischer Auffassung ein Individuum oder ein Unternehmen, das sich mit der Herstellung oder dem Verkauf berauschender Getränke befaßt — Getränke, die die Gesundheit, die Moral und die Sicherheit der Allgemeinheit gefährden — keinen Anspruch auf Entschädigung seitens des Staates hat, denn oberstes Gesetz ist die Wohlfahrt des Volkes (Urteil des Obersten Gerichtshofs vom Jahre 1857). Die Brauereien und Weinbergbesitzer haben sich daher bereits anderen Erwerbsquellen zugewandt, so der Herstellung von alkoholfreien Getränken, von Speiseeis, Essig, Gemüse- und Obstkonserven, Marmelade, Kaugummi usw.

Nachdem das Alkoholverbot in der ganzen Union fast durchgehend ist, beginnt der Kampf gegen Tabak und Kaffee. Einige Staaten haben den Verkauf von Zigaretten und Zigarettenpapier verboten. Man könnte meinen, sagt die „Anschauung“: „Wohlgemerkt“, daß Amerika den Krieg verloren und nun unpagable Milliarden an Kriegsschulden zu bezahlen habe. In Deutschland dagegen verdrängen wir uns an den für Tabak, Kaffee, Tee, Schokolade und andere Genussmittel an das Ausland bezahlten Summen.

Vortrag über Valeriana. Im Opernhaus wird Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, Dr. Paul Buehling aus München einen einschreibenden Vortrag über Valeriana halten. Eintrittskarten an der Opernkassette.

Colar Fried wird am 20. Oktober in der Villaharmonie die leiblichen Jahren mit mehr gebildete IX. Sinfonie von Gustav Mahler dirigieren.

Ein Gottfried-Keller-Abend mit Gesang und Rezitation findet im Lesing-Saal am 9. Oktober, 7½ Uhr, statt. Rosagarte Weinberg und P. H. Herbach sprechen über den Dichter.

Der Berliner Kantäntler-Verein (C. A.) veranstaltet diesen Winter Konzerte und Vorträge von Manja Baran, Geheimrat Max Friedländer, Max Hoff, Gustav Lehner, Julia Ross, Gmeiner, Roland Bolowant, Heinrich Schläussel, dem Jonas-Elstkaanten Leo, dem Prembilla-Quartett u. a.

Der Deutsche Arbeiter-Zängerbund, dessen Mitgliederzahl während des Krieges von 106 000 auf 15 000 herabging, mußte bereits wieder über 80 000 Mitglieder.

Überant-Unterrichtsstufe finden von Mitte Oktober ab täglich in Schulen aller Stadtteile Groß-Berlins statt. Rührers durch die Geschäftstelle des Überant-Verbandes, Tegel, Zimmermannstr. 6.

Für das Gutverweilen von Kleinwohnungen hat die Humboldt-Hochschule einen Lehrstuhl errichtet. Architekt Dipl.-Ing. Gröbber (Galen) ist als Dozent berufen.

Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, den 7. Oktober 1919, nachmittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Müller, Erzberger, Schilde, Dr. David, Krah, Meier, Schiffer.

Anfrage.

Die Abg. Laverrenz und Schiele (Dnat. Sp.) fragen an: Unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen wird eine von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegebene Schrift 'Was ist in Deutschland geschehen?' verteilt. Der Inhalt stellt sich als eine Schilderung der Revolution in ausgesprochen sozialdemokratischem Sinne dar, die in weiten Kreisen, namentlich auch der andersdenkenden Kriegsgefangenen, der schärfsten Ablehnung begegnet. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um dieser auf Kosten aller Steuerzahler betriebenen einseitigen politischen Propaganda unter den Kriegsgefangenen alsbald Einhalt zu gebieten. (Vergl. den 'Vorwärts'-Bericht von Montagabend über den deutsch-nationalen Befreiungsterror im Lager Wiesel.)

Reichskommissar Levin: Der Regierung ist nicht bekannt, daß Kriegsgefangene an dieser Schrift Anstoß genommen haben. (Lebhaftes Lachen, hört rechts und Unruhe.) Die hebräisch-schönen Stellen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Heimkehrenden darüber zu unterrichten, welche Veränderungen infolge des militärischen Zusammenbruchs in Deutschland stattgefunden haben. Diese Aufklärung kann sich selbstverständlich nur im republikanischen Sinne bewegen. Eine einseitige politische Propaganda, wie sie früher aus den Mitteln aller Steuerzahler betrieben wurde, wird nicht geübt. (Zustimmung links. Unruhe und Gelächter rechts.)

Die politische Aussprache.

Zweite Beratung des Haushalts für das Reichsministerium, den Reichsfinanzler und die Reichsfinanzlei.

Abg. Volz berichtet über die Ausschussberatungen.

Darauf folgt die bereits im Abendblatt mitgeteilte Rede des Reichsfinanzlers Bauer,

Reichsfinanzlers Bauer,

von der wir noch den Schluß nachtragen:

Der dem ganzen Volke so lange ersehnte Rücktransport unserer Kriegsgefangenen hat endlich begonnen, außerordentlich schmerzhaft ist aber, daß er erst so geringe Fortschritte gemacht hat.

Wie furchtbar lang sind diese Monate noch den Kriegsgefangenen da draußen und ihren Angehörigen hier geworden. Seit einem Jahre ruhen die Waffen und noch sind viele Hunderttausende fern der Heimat. Ein unbeschreibliches, unaussprechliches Leid geht dort vor sich. Mit Bitterkeit denken wir an die Leichtigkeit, mit der man über dieses Leid bei unseren Gegnern zur Tagesordnung übergeht. Wir wollen gern anerkennen, daß mancher auch unter den Führenden dort ein warmes Herz für die Kriegsgefangenen zeigt, aber eine große Bewegung der Menschlichkeit, die zu großen Entschlüssen geführt hätte, haben wir vergeblich erwartet. (Lebhaftes Zustimmung.) Der furchtbare Friedensvertrag legt uns unübersehbare schmerzliche Lasten auf. Am schmerzlichsten aber ist es, daß zahlreiche Volksgenossen von uns getrennt und daß andere gehindert werden, sich uns anzuschließen. Aber auch das müssen wir ertragen, denn wir wollen den Friedensvertrag loyal durchführen.

Was uns aber kein Friedensvertrag nehmen kann, ist das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, und — was uns niemand beneiden kann, ist die Pflege dieses Gefühls. Unsere deutschen Stammesgenossen, die künftig von uns getrennt sind und getrennt bleiben, sollen wissen, daß wir auf den Gebieten, die uns der Friedensvertrag überläßt, für sie sorgen. Nicht politisch, aber menschlich sollen diese Beziehungen von uns hergeleitet sein. Auf allen Gebieten der Kultur, im Reich der Wissenschaft, auf sozialem Gebiet, in den persönlichen Verhältnissen und im gesellschaftlichen Verkehr wollen wir diese unsere Gemeinsamkeit betätigen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit pflegen. Das ist eine kulturelle Aufgabe des Reichs. (Stürmischer Beifall.) Im Ausland hat man sich jahrzehntelang daran gewöhnt, in den

Äußerungen der Rechten

die für die Reichspolitik maßgebende Stimme zu hören, das macht ihre Auslassungen, so bedeutungslos sie für den Kurs der Republik auch sind, so überaus gefährlich. Ich beschränke mich auf ein paar Proben aus der deutsch-nationalen Presse der letzten Tage. Da heißt es bei der Veröffentlichung eines Ganges durch die Siegesallee und einer Begegnung mit englischen Soldaten: 'Ein Arbeiter, einen Genossen treffen, sagte häßlich: "Wie die hier so aufzutreten und sich breit machen!" Ein anderer, der gerade an mir vorbeiging, brummte wütend in seinen Bart: "Verhauen müßte man die Brut!" Es wird der Tag kommen, wo alle Deine Genossen so denken wie Du: "Verhauen müßte man die Brut, der Tag, an dem das ganze deutsche Volk die Worte des Dichters befolgen wird: "Schlagt sie tot, das Weltgericht — fragt Euch nach den Gründen nicht." Und in einem Artikel: "Was ist Frankreich?"

Frankreich ist ein hoffnungsloser Fall. Sein Körper trägt überall die Spuren der Verwesung; er riecht. Es ist der selbst herbeigeführte Parasitismus, der sich breit macht, und das Stämmlein der Stenodermatidinen erinnert lebhaft an den Ton des Vorbells. Frankreich weiß, daß es ein Nichts ist ohne seine Raubgefelken. Seine ganze hundsgemeine Vanditenatur, der ganze Zuhältergeist seiner Staatsverwaltung der Apoden kommt in der 'Verwaltung des besetzten Gebietes' zum Ausdruck. Es kommt ein Tag...

(Hört, hört!) Ich sehe in diesem Zusammenhang ab von der Auforderung zu Gewalttätigkeiten, wenn nicht Totschlag, wie sie der erste Artikel enthält. Die französische Mission hat ihn zum Gegenstand einer nur zu berechtigten Beschwerde gemacht. Ich sehe ab von dem häßlichen Stammelein, das sich in Schimpfworten nicht genug tun kann und das beste Anzeichen für eine fränkische Schandtat ist. Aber ich frage die Herren von der Rechten: Können und wollen Sie die Verantwortung für diesen gefährlichen Wahnsinn übernehmen, ist das überhaupt noch Politik oder nur noch Verwahrlosung, (Stürmische Zustimmung.) Eine angebliche Vaterlandsliebe, die sich so äußert, die dem Gegner solche Waffen in die Hand drückt, die darf man nicht frei herumlaufen lassen. Wollen Sie uns, wie ein anderes nationalitätliches Platt, Statthalter der Entente und Landvogt der Alliierten nennen, oder wie das ehrenwerte Mitglied dieses hohen Hauses L. Verbrüderungsmitglied. (Beschneidende Witze bei der Mehrheit.) Wir bilden nicht, das anonyme Schmierpapier das deutsche Volk in neue Fährlichkeiten bringen und seinen Ruin und den der ganzen Welt auf neue untergraben. Wer sich zu diesen Artikelstücken und vor sie stellt, der ist für uns ein Feind des deutschen Volkes! Ich möchte sehen, wer sich ausschließlich von der ungeheuren Mehrheit der Deutschen, wenn die Reichsregierung aus ihrem außerpolitischen Programm den Ruf erhebt: Für den friedlichen Aufbau, für die Welterneuerung, gegen die gewissenlosen Brandstifter des Chauvinismus! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Rufen rechts.)

Abg. Petersen (Dem.):

Wir stellen uns mit dem Reichsfinanzler auf den Standpunkt, daß jede Politisierung der Armee zu verwerfen ist und daß jeder, der dagegen verfährt, aus der Armee zu verschwinden

hat. Rechts und links sind die oppositionellen Kräfte rücksichtslos ungerührt und zerkend in einer Weise am Werk, die wenig Verantwortungsgelbst zeigt gegenüber der Not unseres Landes. Reine Partei hat

die Revolution

nicht gewollt und nicht gemacht, wir halten vielmehr die Revolution für ein großes Unglück, eine organische Entwicklung zu demokratischen Zuständen wäre uns lieber gewesen. Die Revolution war nicht weiter als das letzte Glied einer Kette von Tatsachen, an deren Anfang preussisch-konservativer Nachhunger und politische Engstirnigkeit stehen. Wir müssen moralische Eroberungen machen und fordern aus nationalen Gründen von der deutsch-nationalen Volkspartei, daß sie sich unabweisend auf den Boden der neuen Verfassung stellt. Wir brauchen nicht zu verweisen. Das Gute in der Welt wird sich durchsetzen. Arbeit ist heute Staatsnotwendigkeit. Wir erkennen das Streikrecht grundsätzlich an. Aforderbart ist unentbehrlich, die Erwerbslosenunterstützung muß abgebaut und Schutzmaßnahmen gegen jeden Terror getroffen werden. Die Zwangswirtschaft muß wir so bald und so weit wie möglich abbauen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich kann die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, den Reichsfinanzler Bauer zu begrüßen, der die schwere Bürde des Amtes von meinen Schultern genommen hat. Was beide trennen keine Meinungsverschiedenheiten. Von der Heberzeugung durchdrungen, daß sofort gehandelt werden müßte, hat er die Bildung der neuen Regierung übernommen. Ob die erste Tat, die er im Auftrage der Nationalversammlung ausführte, richtig gewesen ist, darüber geht es streiten, ist zweifellos. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist ein weltgeschichtliches Faktum, und gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht. Es handelt sich jetzt nur darum, einen Weg zu finden, der uns wieder aufwärts führt.

Ich treue mich, daß die demokratische Partei sich zur Anteilnahme an den Regierungsgeschäften zurückgefunden hat. Selbstverständlich wäre mir eine rein sozialistische Regierung lieber, aber eine solche Regierung ist erst dann möglich, wenn das Volk durch seinen Mehrheitswillen die hierzu gehörige Vollmacht ausstößt. Ich begrüße den Wiedereintritt der Demokraten besonders deshalb, weil eine Regierung stark sein muß, vor allem stark nach rechts.

Unter den veränderten Verhältnissen muß jeder heute Republikaner sein, wenn er nicht von der Vernunft ganz verlassen ist. Wer als Offizier freiwillig der Republik dient, soll provozierende Redensarten gegen die Republik unterlassen. Sonst geht er, das sein Ehrgefühl in ein bedenkliches Schwanken geraten ist. Wir halten es für notwendig, daß die Offiziere darüber aufgeklärt werden, was jetzt ihre verfassungsmäßige Pflicht ist. Wer nicht bereit ist, die Republik gegen alle Angriffe, auch von rechts, zu schützen, kann nicht Soldat und nicht Offizier sein. Ich wünsche, daß die Bemühungen des Ministers Roske nach dieser Richtung hin erfolgreich seien. Offiziere, die

monarchistische Propaganda

treiben, müssen entlassen werden, denn diese Offiziere sind es, die die Reichswehr zermürben und den Geist der Truppe mehr zerkühen als alle spartakistische Umtriebe. Die am ergebigen sprudelnde Quelle des Mißtrauens des Auslandes ist die Reichswehr, sind Vorkommnisse, die maßlos aufgebauscht worden sind, denen man nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit entgegengetreten ist. In einem Leitartikel des 'Temps' wird die Armee des republikanischen Reiches eine Gefahr genannt, Roske ein Imperialist, der Waffenstillstand sei zu milde gewesen. Als Weisungsmittel werden die verschiedenen Offiziersverbände herangezogen, und die Tatsache, daß 'Die Reichswehr', die der Republikaner Gollnischek herausgab, ihr Erscheinen hat einstellen müssen, während realistische Soldatenblätter gebildet werden. Man sagte Roske auch noch, er habe gesagt: 'Alles, was ich verlange von Ihnen, ist, daß Sie mir keine Geschichten machen.' So wird aus allen solchen Vorkommnissen im Ausland Demagogie, und wir, das ganze deutsche Volk, sind es schließlich, das

die Folgen nachher anzubaden

hat. Deshalb muß man diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zuwenden, gerade weil wir die Reichswehr als wirkliche Schutztruppe der jungen deutschen Republik gegen Bedrohungen von rechts und links haben wollen, weil wir unser Volk vor weiterem Schaden beschützen und unserem Parteigenossen Roske seine Stellung festigen wollen.

Die Verwendung eingeseiferter Monarchisten in wichtigen Stellen der Armee und des Sicherheitsdienstes birgt aber noch eine andere Gefahr, denn Monarchismus und Spartakismus, und brauchen einander (lebhaftes Zustimmung), indem der Spartakismus die Demokratie sabotiert, fördert er die Reaktion. (Lebhaftes Zustimmung.) Und diese, indem sie herausfordernd auftritt, raubt dem Volke den Glauben an die Berechtigung der Demokratie und fördert den Spartakismus. Der

Spartakismus müßte den Monarchismus erfinden,

wenn er nicht da wäre. (Sehr gut!) Umgekehrt ginge es dem Monarchismus mit dem Spartakismus ebenso. Die Monarchisten sind daran interessiert, überall spartakistische Putschversuche zu entdecken, und dadurch entsteht die Gefahr, daß die Regierung durch falsche Orientierung sich zu einer falschen Führung verlocken läßt. Wir haben kein dringenderes Interesse, als

den Belagerungszustand sobald als möglich aufzuheben,

das Volk ohne Unterbrechung der Partei in den Vollbesitz seiner demokratischen Freiheitsrechte zu setzen. Diejenigen aber, die von dem Kampf gegen spartakistische Umsturzbestrebungen ihre politische Existenz hernehmen, haben Interessen, die den unseren direkt entgegengesetzt sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen die Welt ohne reaktionäre Parteibrille betrachten, wir wünschen so klar wie möglich zu sehen, ob eine spartakistische Putschgefahr noch besteht oder nicht. Die Unabhängigen behaupten, sie bestände nicht. Ich wünsche von Herzen, ich könnte das auch mit derselben Bestimmtheit sagen, aber dann bitte ich Sie (zu den U. Soz.) dringend, dahin zu wirken, daß so

unsinnige Streiks,

wie der am letzten Donnerstag hier in Berlin propagierte, vermieden werden, daß auf solche Sensationsstücke und Analektie, die zur Führung eines Lohnkampfes vollkommen entbehrlich sind, verzichtet wird. Ich bitte die Regierung, keinen Augenblick zu vergeßen, daß der Belagerungszustand gar nichts anderes ist, als ein ausgedrängter Notwehrzustand, daß wir die Ausnahme nicht zur Regel werden lassen und die Notwehrorgane nicht überfordern dürfen. Ich weiß, welche ungeheure Verantwortung auf der Regierung lastet, wie sorgfältig sie erwägen muß, ob der Zeitpunkt für die Aufhebung da ist. Gefährlich wäre ein Experiment, ihn heute aufzuheben und ihn morgen wieder einzuführen. Auf der anderen Seite darf eine Regierung, die unser Vertrauen besitzt, sich niemals auf den Standpunkt stellen, zu sagen: 'Mit dem Belagerungszustand geht es ganz gut, also worum seine Aufhebung vorzunehmen?' Das wäre der Standpunkt der alten Bureaucratie, der Polizei und des Militärs, und gegenüber allen Versuchen, so zu handeln, wird die Regierung ein offenes Auge haben müssen. Das Volk muß sehen, daß die Demokratie nicht bloß eine neue Fassade für Klassen- und Parteienwirtschaft sei, sondern daß es bitterer Ernst ist, das Volk mit den letzten Ideen der Demokratie zu durchdringen, damit es sich frei macht zu einer neuen Form der menschlichen Gesellschaft. In diesem Sinne rufe ich der Regierung zu:

Der Feind steht rechts!

(Unruhe rechts.) Ich wäre glücklich, wenn ich heute schon sagen könnte: Er steht nur rechts. Die Herren von der äußersten Linken sprechen ihren Anhängern täglich von der gegenrevolutionären Gefahr. Warum sagen sie ihnen nicht, daß zur Verhinderung dieser Gefahr es nur ein Mittel gibt: Einigung der Arbeiterklasse. (Lebhaftes Zustimmung.) Im dem Augenblick, wo das monarchistische Geistesfleisch und Blut gewinnt, wird diese Einigkeit mit einem Schlag wiederhergestellt sein. Wird es dann aber nicht vielleicht zu spät sein?

Ich wende mich an Sie (zu den U. Soz.) mit dem eindringlichsten Appell. Sie glauben, daß Sie uns viele Fehler vorzuwerfen haben, wir glauben daselbe von Ihnen, aber wir empfinden gleichwohl den

tiefsten Widerwillen gegen die Selbsterziehung der Arbeiterklasse, die manche Leute mit geradezu selbstlichem Vergnügen betreiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Glauben Sie, daß dies der Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse vorwärts kommen kann? Alle Parteien, zumal Parteien, die auf demselben Klassenboden stehen, sollen sich doch gegenseitig nicht so behandeln, wie sich vielleicht zwei Abzählungsgeschäfte behandeln, die sich gegenseitig Konkurrenz machen oder machen müssen, wenn sie das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht daran hindert. Ich war nie ein Anhänger des Schlagwortes 'Das Vaterland über die Partei', denn ich war immer davon überzeugt: das Vaterland des Armen ist am besten aufgehoben bei der Partei der arme Leute, dem Sozialismus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich bin überzeugter Anhänger des Grundsatzes: Die Sache der Arbeiterbewegung über die Sache der Fraktion. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Ihr agitatorisches Bedürfnis reizt Sie, uns Scheinsozialisten zu nennen, aber ich bitte Sie, folgendes zu bedenken: Wie traurig müßte es um die Sache des Sozialismus bestellt sein, wenn in diesem Hause 165 Scheinsozialisten sitzen und nur einige zwanzig echte Sozialisten. (Sehr gut!) Wer sollte bei einem solchen Ergebnis der Wahlen im Januar an einen Sieg des Sozialismus glauben? Würde die Arbeiter nicht angesichts solchen Ergebnisses nicht helle Verzweiflung paken? Wie lange müßten da die Arbeiter noch auf Besserung ihrer Lage warten? Solange die Arbeiter nicht einsehen, daß ihnen nur die Einigkeit helfen kann, kann es nicht besser, sondern nur noch schlechter werden. Statt die Arbeiter zu zerfplittern, sollten Sie alle Kräfte daran setzen, daß bei den nächsten Wahlen, die nach der Darlegung des Reichsfinanzlers innerhalb weniger Monate stattfinden werden, hier eine sozialistische Mehrheit einzieht, die Sie allein nicht erreichen können. Wer sich diesem gemeinsamen Vorhaben widersetzt, der prellt die Arbeiter um ihren Sieg! (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Sie (zu den U. Soz.) werfen uns vor, daß wir eine gemeinsame Regierung mit den bürgerlichen Parteien bilden, nachdem Sie uns dazu gezwungen haben. In Sachen hatten unsere Parteigenossen gar keine Lust, mit den Demokraten eine Mehrheit zu bilden, sie bemühten sich, mit den Unabhängigen zusammenzukommen. Als aber die sächsischen Unabhängigen sich in erste Verhandlungen einlassen wollten, wurde von den ganz Unabhängigen eine Reichskonferenz einberufen, und da erklärte Haase, von einer gemeinsamen Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten könne keine Rede sein; bei Verhandlungen müsse man die Bedingungen so stellen, daß wir auf sie nicht einzugehen können (Hört, hört! h. h. Soz.) und so die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Lebehaut sagt von dieser Politik mit Recht, sie sei weiter nichts als eine Komödie, und mit Recht wurde von unserer sächsischen sozialistischen Parteipresse gesagt, daß sei genau die Methode des österreichischen Ultimatus an Serbien, man schlage Bedingungen vor, von denen man weiß, daß die andere sie nicht erfüllen kann, und dann hat man den Kriegszustand, den man will. (Große Unruhe h. h. U. Soz., Juraß Haases.) Herr Haase, ich habe nur zitiert, was in Ihrer eigenen Presse stand. 'Bedingungen, die die anderen gar nicht erfüllen können.' Wenn sich alle Schuld auf Erden rächt, so muß sich auch die Schuld rächen, die die Unabhängigen durch ihre Arbeiterpolitik auf sich geladen haben. Ich habe die Fehler im Interesse der Sache aufgedeckt, um zu zeigen, daß der Weg, den Sie nicht verlassen wollen, unfehlbar zum Ruin der Arbeiterbewegung führt. Die Sozialisierung läßt sich nicht übers Amte brechen. Davon sind auch diejenigen Unabhängigen überzeugt, die sich mit diesen Problemen ernsthaft beschäftigt haben. Die anderen aber wollen dem Arbeiter die Meinung beibringen, daß es ihm um so besser gebe, je weniger und je schlechter gearbeitet wird. Solch

gemeingefährlicher Irrsinn

muß bekämpft werden. Wir können unserem Volk nicht eine vierzigjährige Wüstenwanderung zumuten, um ins gelobte Land zu kommen. Wüste liegt genug hinter uns. Das Volk will sofort in eine günstige Lage kommen. Wir haben aber den Mut, dem Volk zu sagen, daß es dazu noch viel lernen muß.

Wir erlösen in dem Gesetz über die Betriebsräte den Anfang einer Umwidmung des Unternehmertums aus einem ausbeutenden zu einer führenden Schicht. Auf diesem Gebiete können wir keinen Schritt zurückweichen.

Wir sind durch den Friedensvertrag der Lohnarbeiter der ganzen Welt geworden. Daher müssen wir die Arbeiterinteressen gegen die Interessen des internationalen Kapitals verteidigen. Ich hoffe, daß wir hierzu auf der Konferenz in Washington Gelegenheit haben werden. Man wird dem deutschen Arbeiter nicht den Zutritt verwehren dürfen. Wo aber die Ueberheblichkeit des Gegners waltet, ist nicht der geeignete Boden für die Beratung über internationale Arbeit. Dort würden wir nichts zu tun haben. (Sehr wahr!)

Auch auf dem Gebiete der internationalen Fragen haben wir leider noch die Reste des alten Militarismus. Die äußerste Linke befriedigt ihr Agitationsbedürfnis, indem sie es so darstellt, als hätte der Militarismus uns noch mit Haut und Haaren. Damit liefert man nur unseren Gegnern billige Vorwände, um noch mehr zu knebeln. (Sehr wahr! h. h. Mehrheit.) Es ist unverantwortlich, wenn

die Soldaten in Russland

aufgemuntert werden, den Befehlen der Regierung Widerstand zu leisten. (Sehr wahr! links.) Aber ebenso unverantwortlich ist es, wenn Leute in Luzern behaupten, wir hätten noch 1 200 000 Soldaten, wenn sie die lächerliche Vorstellung erwecken, als könne es von uns aus wieder losgehen. Dadurch schafft man nur eine Panikstimmung in Frankreich und leitet den dortigen Gewaltpolitikern und Militaristen Wasser auf die Mühle. (Sehr wahr! h. h. Soz.) Durch die Widerpenflichkeit der deutschen Soldaten in Russland ist eine neue internationale Krise geschaffen worden. Durch die Art, wie die Unabhängigen diesen Zwischenfall behandeln, wird sie verichärft. Wegen die ungebührliche Unterstellung, als ob die Regierung mit den Gehorsamsverweigerern unter einer Decke stehe und ein Spiel mit vertriebenen Rollen treibe, muß nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten der Gehorsam geübt werden. Namens meiner Partei würde ich nochmals an die Soldaten im Baltikum die Aufforderung, sich ihrer Pflicht als Soldaten und Volksgenossen bedien zu werden. Sie haben nicht das Recht, in Verfolgung persönlicher Ziele das ganze Volk in neue Gefahr zu bringen. Bleibe das vernünftige Jureden ohne Erfolg, dann hat die Regierung unsere volle Unterstützung, wenn sie zu den entscheidenden Maßnahmen greift. (Sehr gut! bei den Soz.)

Im übrigen sehe ich in der Welt viel freundlicher aus, wenn der Militarismus nirgends übermächtiger wäre als bei

uns. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die französischen Militärischen werden noch immer auf eigene Faust eine Politik, die auf die Zerkleinerung Deutschlands ausgeht. Wir danken unseren Gesandten im besetzten Gebiet, daß sie gegen alle Verlockungen taub und gegen alle Drohungen fest geblieben sind. (Lebhafter Beifall.) Auch durch die militärische Absperrung getrennt, bleiben wir doch ein Volk und weder List noch Gewalt werden uns trennen. (Lebhafter Beifall.) In den Abstimmungsgebieten wird es sich in kurzer Frist entscheiden, ob große Teile unseres Volkes bei uns bleiben oder von uns gehen. Wir hoffen, daß jeder Deutsche dort seine Pflicht tut und treuen uns sagen zu können, daß die deutschen Arbeiter bei ihrer internationalen Gesinnung fest zu ihrem Volke stehen, während

vaterlandsliebe Kapitalisten

über die Grenze flüchten mit dem Rufe: Rette dich, wer kann. Wenn wir von den Volksgenossen sprechen, die Siegermacht von uns getrennt hat oder zu trennen versucht, können wir auch Deutschherrscher nicht vergessen. (Lebhafter Beifall.) Es trägt das härteste Los von allen, weil die Feinde nicht vergessen können, daß es trotz fünfzigjähriger politischer Trennung Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blute ist. Der Uebermut der Sieger hat nun eine neue Erklärung gefordert, daß wir dem Willen der Deutschherrscher, sich mit uns zu vereinigen, kein Gehör schenken werden. Wir konnten die Erklärung zum zweiten Absatz des Artikels 61 wiederholen, nicht weil sie der Ueberzeugung entsprach, sondern unter hartem Zwang. Aber wir haben das Vertrauen in die Zukunft, daß sie es als unmöglich erweisen wird, zwei reindeutsche Staatswesen, die innerlich zueinander stehen, dauernd getrennt zu halten. Wir werden nie aufhören, den anderen Völkern zu sagen, daß man uns vergewaltigt hat und das

Selbstbestimmungsrecht auch für Deutschherrscher

zu fordern. (Lebhafter einmütiger Beifall.)

An eine gewaltfreie Aenderung der Friedensbedingungen hat in Deutschland kein vernünftiger Mensch gedacht. Unser nächstes Ziel ist die Umgestaltung des Völkerbundes zum Wohle aller Völker, zur Erfüllung ihrer gerechten Ansprüche. Wir glauben an den internationalen Aufstieg der Arbeiterklasse, freilich nicht wie phantastische Schwärmer, sondern wie Männer, die schon manche bittere Enttäuschung erlebt haben. Aber doch sehen wir im blutigen Weltgeschehen die klare Linie, die aufwärts führt. Diese Linie werden wir nicht verlassen, sie weist auch unserem Volke den Weg. Jedes Volk, dem bisher das gleiche Schicksal widerfuhr wie jetzt Deutschland, hat auf dem Wege des Verfalls wiederzugewinnen versucht, was es verloren hatte: es hat Waffen geschmiedet und Bündnisse gesucht. Niemand davon sprechen, immer daran denken, war nach 1871 die Parole Frankreichs. Wir wollen weder davon sprechen, noch daran denken! (Sehr gut! h. d. Soz.), denn der Krieg ist so grauhaft geworden, daß er kein berechtigtes Mittel der Politik mehr sein kann. Er kann auch dem Sieger nicht ersetzen, was er nimmt. Deshalb haben wir vom ersten Tage der Unterzeichnung an nicht an einen gewaltsamen Umsturz des Friedensvertrages gedacht, sondern

einen neuen Weg

eingeschlagen, den vor uns kein Volk der Welt gegangen ist. Das legt auch den anderen Völkern die Pflicht auf, neue Wege zu beschreiten, wenn dieser Friede ein wirklicher Friede werden soll, der keine neuen Kriege bringt. Dann darf dieser Friede nicht bleiben, wie er jetzt ist, dann muß ein neuer Geist der Gerechtigkeit dieses Werk der Gewalt revidieren. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.) Mit Genugtuung haben wir von den Entschickungen der Internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern Kenntnis genommen. Sie hat sich einstimmig dafür entschieden, daß die Arbeiterbewegung in allen Ländern auf die Revision des Versailler Friedens hinarbeiten muß. Nur wenn der Krieg- und Siegesgeist allwärts einer edleren Gesinnung weicht, kann ein Friede entstehen, der diesen Namen verdient, was bei diesem Frieden noch nicht der Fall ist. (Sehr wahr!) In zu schaffen, ist das gemeinsame Interesse der europäischen Menschheit, der Besiegten wie der Sieger. (Sehr wahr!) Wenn man diesen Gedanken an die Verhandlung einer Utopie nennt, so sagen wir: kein Sieger ist für Jahrzehnte gegen die Wandlung des Schicksals gefest. Das beweist besonders die deutsch-französische Geschichte, wo sich die blutigen Schnittpunkte zeigen. Die Idee des ewig unzerstörbaren Siegesfriedens ist doch die allergrößte Utopie. Denn daß ein Volk für alle Zeit die Uebermacht über alle anderen Völker behält, ist viel unwahrscheinlicher, als der Gedanke eines friedlichen und vernünftigen Zusammenlebens. Wenn Frankreich den Ruhm behält, als letztes die blutige Wabstalt behauptet zu haben, und wir den Ruhm, als erste ein neues Neuenanderverdienen der Völker auf friedlichem Wege erkämpft zu haben, dann sind wir quitt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir also den Gedanken der Gewalt für alle Zeit aufgeben, so dürfen wir den Gedanken an

unser Recht niemals fallen lassen,

in unserem eigenen Interesse und im Interesse aller Völker. Wenn das deutsche Volk sich zur Sklaverei erniedrigt, risse es alle Völker Europas mit sich herunter. Erst wenn alle Völker das Recht erkennen, wenn alle Völker haben, worauf sie verzichten können, dann ist der wirkliche Friede da, der Friede des gleichen Rechts für alle! (Sturm, Beifall h. d. Soz.)

Abg. Graf Posaadowski (Dnat. Sp.): Wir sind keine solchen Don Quixotes, daß wir angesichts unserer schmachvollen Wehrlosigkeit und der Stimmung im Volke jetzt gewaltsam die Monarchie wieder aufrichten wollen. (Na, na! links.) Aber grundsätzlich halten wir die monarchische Verfassung für die beste für den freien Gang der Geschäfte. Es gibt keine Kirche ohne Priester, keinen Staat ohne Bedarmen. (Weiterleft.) In den Betrieben sollte man das System der kleinen Aktien einführen, um das Interesse der Arbeiter an dem Betrieb zu wecken. Mit den Arbeiterräten sollte ausgedehnt werden. Die rechtstehenden Parteien dürfen nicht mit der alten kaiserlichen Partei gleichgestellt werden. (Widerspruch.) Die Nationalversammlung hätte nach der Erledigung der Verfassung aufgelöst werden müssen.

Abg. Joss (Zentr.): Durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett hat die Regierung die erwünschte Erweiterung erfahren. Wir haben nun einen festen Block der Verfassungsparteien. Hinter den Parteien steht die große Masse des Volkes, das wir aus der inneren Zerrissenheit herausreißen wollen, zu neuem Leben. Wir müssen Kulturpolitik treiben. Die Grenze muß für die Einfuhr ausländischer Luxuswaren geschlossen werden. Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Planmäßige Produktion, planmäßige Preisgestaltung sind zu fordern. (Beifall beim Zentr.)

Wittwoch 1 Uhr: Interpellationen Krenscholtz (Dnat. Sp.), Geitzke (D. Sp.) über den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung und über die Kinogenfur — Weiterberatung. Schluß 3/4 Uhr.

Reichsrat.

In seiner öffentlichen Sitzung am Dienstag beriet der Reichsrat über die Ausführungsbestimmungen zum Erbschaftsteuergesetz, wobei wurde die Mitteilungspflicht der Kaufleute und diplomatischen Vertreter im Ausland über von ihnen beurlaubte Sterbefälle auf alle zu ihrer Kenntnis kommenden Sterbefälle ausgedehnt. Die dann zur Beratung gekommenen Ausführungsbestimmungen über das Grundvererbsteuergesetz sind u. a. so geändert, daß bei der Feststellung der Grundvererbsteuer auch Erfindungen über vorerwähnte Sterbefälle einzuziehen sind, und der Verwaltung der Erbschaftsteuer darüber Mitteilungen gemacht werden müssen.

Preussische Landesversammlung.

60. Sitzung, Dienstag, den 7. Oktober, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Südekum

Kleine Anfragen.

Abg. Peters (Soz.) erhält auf die Anfrage über Verschiebung von Weizen die dreijährige Ernte in den Grenzgebieten die Auskunft, daß die Regierung Kenntnis von diesen Verschiebungen hat und ihnen durch verschärften Grenzschutz und verschärfte Strafen entgegenzuwirken sucht. Die Verschiebungen nehmen besonderen Umfang an namentlich, weil die Befahrung der besetzten Gebiete die deutschen Ausführungsbedingungen nicht anerkennt und für das Ausland infolge des niedrigen Standes unserer Valuta und des erheblichen Unterschiedes zwischen den deutschen Weizenpreisen und dem Weltmarktpreis ein beträchtlicher Anreiz zu den Verschiebungen besteht. (Lebhafter Beifall!) Ueber die Anerkennung unserer Aus- und Einfuhrbestimmungen sind auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums Verhandlungen eingeleitet.

Danach wird die zweite

Beratung des Staatshaushaltsplanes

für die Steuerverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Rosenbauer (Dnat.) empfiehlt Ausbuddung der nötigen Reichssteuerbeamten durch bewährte preussische Beamten und wendet sich gegen das Reichsnotopfer und allzu hohe Einkommensteuern.

Abg. Dr. Cohn (L. Soz.): Wir verlangen, daß für 1919 bei allen Einkommen bis zu 3000 M. die Staatsinkommensteuer nicht zu erhöhen ist. Am 10. März 1919 hat sich Helfferich dahin ausgedrückt, man möge nur ruhig die Kriegsgewinne verdienen lassen, wir würden ja doch alles vom Feinde erhalten. Helfferich mag sich mit Hollenbach, Lipshitz und den anderen darüber streiten, wer von ihnen der größte Reichsverderber gewesen ist. Wie verhält sich die auch von Mehrheitssozialisten befürwortete Forderung indirekter Steuern mit dem Erfurter Programm? Sozialisten Sie ernsthaft, dann können wir zusammenkommen! (Wir haben nicht die Mehrheit! Leb.)

Der Haushaltsplan für die Steuern und Zölle wird angenommen. Ebenso die Ausschufsanträge auf Uebertragung der Leitung der Zweigsteuerämter an Steuersekretäre und die Befestigung der Steuersekretäre als Vorsitzende der Veranlagungskommissionen, ferner über die Aufsteigemöglichkeiten der mittleren und unteren Zollbeamten. Die Verordnung vom 31. Januar über Weitererhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer für 1919 wird genehmigt.

Es folgt die erste Beratung zweier Nachtragsetats und eines Ergänzungsetats für 1919.

Abg. Leibig (D. Sp.): Nicht die Sozialisierung, sondern die alten preussischen Grundsätze sind die Grundlage für eine Verbesserung unserer Finanzlage, nämlich Sparsamkeit, Ehrlichkeit und Ordnung auf allen Gebieten der Staatsverwaltung. Wenn wir die Gemeinden so sehr demokratisieren wollen, wie es jetzt geschieht, so müssen wir ihnen auch die Steuerautonomie geben. Die Unterstaatssekretäre sind bei uns nicht die politischen Gehilfen des Ministers, sondern die Nichtvertrauten des Parlamentes. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links und beim Zentrum.) Aber schließlich sind wir auch bereit, dem Zentrum diese Unterstützung in Höhe von 30 000 M. jährlich für einen Unterstaatssekretär zu bewilligen. (Geheißrecht.)

Abg. Schönmüller (Soz.): Die neue parlamentarische Art der Regierung wird sich durchsetzen und die Entwicklung wird zeigen, welche Änderungen geschehen müssen. Das neue Wohlfahrtsministerium findet besonders im Wohnungswesen ein gegenwärtiges Tätigkeitsgebiet. Auf dem Lande ist das Wohnungsproblem in noch viel schlimmerem Maße vorhanden als in den Städten. Das Wohlfahrtsministerium kann auf die Wohnungsnot nicht oft und nicht dringlich genug hingewiesen werden; wir hoffen, daß es in unserem Sinne arbeiten wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Gafeloff (Dnat. Sp.): Entgegen den Bemerkungen des Abg. Dr. Cohn über frevelhaften Beginn des Krieges stelle ich fest, daß man eher von einer frevelhaften Beendigung des Krieges sprechen könnte. (Unruhe bei den L. Soz.) Das Volk wendet sich schon von Ihnen (zu den Unabhängigen) ab. Ein Einheitsakt ohne preussischen Einschlag wäre für uns unerträglich. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friebländer (Dem.): Meine Sympathie für die Monarchie bleibt noch wie vor bestehen, aber die Macht der Latzofaden hat mir gezeigt, daß ich an eine Wiederherstellung nicht mehr glauben kann. Wenn Herr v. Richter mich lehrhaft fragte, wer mit das Recht gäbe, den Gedanken auszusprechen, daß es zu einem Bürgerkrieg käme, wenn man an die Wiederherstellung der Monarchie ginge, so antworte ich ihm: Das Recht gibt mir mein gesunder Menschenverstand. Und das sollte sich jeder, der Logik besitzt, selbst sagen, daß dieses Urteil berechtigt ist einer Entwicklung gegenüber, die getragen ist von so erheblichen Volksteilen und von Millionen von Arbeitern, die sich die Wiederherstellung der Monarchie nicht gefallen lassen würden. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Rosenfeld (L. Soz.): Wir lehnen es ab, einer Regierung des Belagerungsstandes diese Nachträge zu bewilligen. (Sehr richtig! bei den L. Soz. — Unruhe.)

Die Entwürfe gehen an den Haushaltsausschuß. Ohne Debatte wird darauf die Verordnung betreffend Auswahl der Sicherheitsmänner und Arbeiterausführungsglieder für die Bergwerke genehmigt.

Es folgt die Beratung der Bekanntmachung vom 13. November 1918, betreffend die

Beschlagnahme des preussischen Kronvermögens.

Abg. Alabi (L. Soz.): Nach einem Bericht der „Koff. Jg.“ sollen der Krone noch eine Reihe von Schlössern verbleiben. Außerdem werden ihr noch sonstige Vorrechte zugewandt. Solche zu gewähren, haben wir keinen Anlaß, besonders Herrschaften gegenüber, die wir als Verbrecher bezeichnen müssen. (Lebhafter Unruhe. Zurufe rechts: Unrecht! Frechheit!) Der Präsident rügt den Ausdruck „Frechheit!“ Der Redner verliest einen Artikel des „Hamburger Echo“, der die Verdienste der Hohenzollern bespricht und sich gegen irgend eine Abfindung ausdrückt. Millionen der Armen müssen hungern und diese Verbrecher... (Stürmische Unterbrechungen und Zurufe: Unrecht! Unrecht!)

Abg. Dr. Köhler (D. Sp.): Gegen diese unerhörten Angriffe auf das Hohenzollernhaus legen wir entschiedenen Verwahrung ein. (Lebhafter Zustimmung.) Die Geschichte des Kronvermögens ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte Preußens.

Abg. Limberg (Soz.): Unsere Auffassung unterscheidet sich Himmelsweit von der Redens. Hunderttausende von Proletariern, auch auf dem Lande, teilen sie mit uns. Noch immer läßt die bürgerliche Presse darüber in unerschämter Weise. Den Hohenzollern verdankt Deutschland sein Glend. (Großer Lärm. — Vizepräsident Dr. Frenkel: Tierstimmen-Imitationen gereichen dem Hause nicht zur Ehre!)

Abg. Dr. Verndt (Dem.): Die Rechtsansprüche, die das ehemalige Königs Haus erheben könnte, sind ganz unabhängig von der Schuld, die es trifft. Eine moralische Schuld läßt sich zivilrechtlich nicht berechnen.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Beschlagnahme sollte die Güter sichern, einmal vor Veräußerungen nach dem Ausland und dann vor verwerflichen Eingriffen im Inlande. Letzteres war sehr notwendig und wurde in vollem Maße leider nicht durchgeführt. Es ist richtig, daß wertvolle Gegenstände aus den Schlössern unbedeutend verschleppt worden sind. Bei der Auflösung der Verwaltungen des Kronvermögens wird ziemlich rasch verfahren. Die Angestellten werden teils in öffentliche Dienste über-

nommen, teils pensioniert oder auf Wartgeld gesetzt. Ueber die Verwaltung wird Rechnung gelegt werden, und außerdem wird schließlich eine Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königs Hause kommen. Dem Hause wird darüber in allerzürstiger Frist eine Vorlage zugehen. Niemand ist davon die Rede gewesen, dem früheren Königs Hause 170 Millionen zu zahlen. (Widerspruch bei den L. Soz.) In einem Staat, dessen Verfassung das Privateigentum garantiert, kann natürlich einer Familie das Eigentum nicht ohne Richterspruch oder Vertrag entzogen werden. (Sehr richtig!) Ueber die Staatsgerichtsbarkeit nicht gesprochen hat, bleibt dieser Grundsatze maßgebend. Wenn nun die Rechtsgrundlage vollkommen klar ist, d. h. wenn einwandfrei festgestellt ist, wo nach geltendem Recht Privateigentum oder Staatsvermögen anzusetzen ist, dann kann freilich die Auseinandersetzung nicht durchgeführt werden ohne Berücksichtigung gewisser politischer Momente. Infolgedessen muß die Auseinandersetzung durch Vertrag gemacht werden. Dieser Vertrag wird dem Hause in kürzester Frist unterbreitet werden.

Abg. Rippel (Dnat. Sp.): In so häßlicher und beleidigender Weise, wie es heute geschehen ist, sollte von dem früheren Königs Hause nicht gesprochen werden. Diese Art beweist in dem jetzigen Augenblick nur das Gegenteil von Mänsersolz vor Königs thronen. Außerdem soll die Zins- und Zinsenrente, es gibt auch Revolutionenverbrecher, die dann vor einen Gerichtshof gehören und sich nicht geringerer Verbrechen schuldig gemacht hätten. Auch nach dem November hat es Glend, Jammer und Not genug gegeben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rosenfeld (L. Soz.): Der Abg. Rippel hat keine Beweise für seine Behauptungen gebracht. (Abg. Rippel: Tatsachen braucht man nicht zu beweisen.) Mit welchen Ausdrücken hat Wilhelm II. von den Sozialdemokraten gesprochen! Reinen Sie, daß der Kommerz „vaterlandsliebe Gesellen“ nicht auf uns gewirkt hat? Der Staat hat einen Gegenanspruch in weit höherem Umfang als Wilhelm II. gegen den Staat. Eine Herausgabe von Privateigentum an die Familie Hohenzollern kann nicht in Frage kommen. Die Mehrheitssozialisten sind zu meiner Freude derselben Meinung. Dagegen behaupte ich sehr die Zurückhaltung des Finanzministers. Ich konstatiere, daß unsere Fraktion von der Beratung der Frage ausgeschlossen war. Die Vermögensmassen der Hohenzollern sollen dem armen hungernden deutschen Volke zugute kommen.

Abg. Stenbel (D. Sp.): Die damalige Regierung war gar nicht zuständig zur Beschlagnahme des Kronvermögens. Die Beschlagnahme ermangelt jeder Rechtsbasis.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Beteiligten haben sich mit der Beschlagnahme einverstanden erklärt. Bei den Verhandlungen hat es sich lediglich um eine ganz freie private Aussprache zwischen der Regierung und einigen Mitgliedern der Mehrheitspartei gehandelt. Der Ministerpräsident hat, soweit ich weiß, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten oder übernächsten Kabinettsitzung gesetzt.

Die Bekanntmachung wird genehmigt, ebenso die Verordnung vom 30. November 1918 betreffend die Zuständigkeit des Geheimen Justizrats und die Bekanntmachung vom gleichen Tage betreffend Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königs Hauses.

Ohne Debatte werden ferner genehmigt einige keine Verordnungen, u. a. über die Gewährung von Straffreiheit und Straf milderung in Disziplinarsachen, betreffend Ergänzungs- und Ersatzstellen zur Gemeindevertretung und betreffend die Befestigung weiblicher Personen zu Rittaliedern gemeinsamer städtischer Verwaltungsdputationen und die Nachtragsverordnung vom 31. Januar 1919 über die anderweitige Regelung des Gemeindefallrechts vom 24. Januar 1919.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über weitere

Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden

und Gemeindeverbände sowie zur Verbilligung der Lebensmittel.

Abg. Dr. West (L. Soz.): Die Vorlage geht über die Städte und vollkommen über die Selbstverwaltung hinweg. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse zu vernünftigen Preisen auf den Markt bringen.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Vorlage ist im Grunde die Ausführung eines Beschlusses der Reichsregierung zur Verbilligung der Lebensmittel. Das Reich stellt hohe Anforderungen an die Selbstverwaltungskörper. Wenn wir die Gemeinden nicht lebensfähig erhalten zur Sicherung des Wiederaufbaues unseres zerstückelten Volkstums, dann müssen wir auf eine Zukunft verzichten. Nicht mit Geldscheinen und dem kümmerlichen Rest unseres Goldes besetzen wir uns, sondern mit redlicher Arbeit. Jede Arbeit muß den verdienten Lohn erhalten, auch die des Landwirts. Die Vorlage verschuldet der Schlichthandel, der unabhägige Menschen an Lebensmitteln dem allgemeinen Verbrauch entzieht. Wenn das deutsche Volk seinem Glend entgegen will, muß es das Wort bederrigen: Einer für alle, alle für einen.

Die Vorlage geht an den Gemeindevorstand. Auch der Haushalt für die Seehandlung wird ohne Aussprache angenommen.

Wittwoch 12 Uhr: Eisenbahnetat.

Schluß 6 Uhr 30 Minuten.

Berichtszeitung.

Eine mit vielstündiger Rohheit verübte Eifersucht lag einer Anfrage wegen Totschlags zugrunde, welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigte. Angeklagt war der Arbeiter Otto Lehmann aus Neu-Ollendie. Der Angeklagte ist nicht weniger als 2mal verurteilt. Der Angeklagte, welcher seit 1907 verurteilt ist und seit vorigem Jahre von seiner Frau getrennt lebt, war mit der 24jährigen Arbeiterin Anna Robel ein Verhältnis eingegangen. Die R. führte ihm die Wittschaft, soll sich aber wiederholt mit anderen Männern eingelassen haben. Als sie ihm wieder einmal davon gelaufen war, suchte er sie bei einer Freundin und hörte hier zufällig ein Gespräch zwischen den beiden mit an, aus dem er erfuhr, daß die R. sich wieder mit anderen eingelassen hatte. Es kam zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf der Angeklagte plötzlich einen Revolver zog und die R. mit zwei Schüssen niederstreckte. Er stürzte sich dann mit einem Dolchmesser auf die am Boden Liegende und brachte ihr in einem Mafereizustand mehrere tiefe Schnitte am Halse bei. Nach dem Ausstehen der Gerichtsbefehle Geh. Rat Prof. Dr. Pfeiffer und Dr. Marx ist die R. förmlich abgetötet worden, da der Hals völlig durchschnitten war. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte plöblich, daß er sich auf nichts mehr besinnen könne, während er in früheren Vernehmungen die Tat mit allen Einzelheiten geschildert hatte. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte unter Verwahrung mildernder Umstände zu 5 Jahren 1 Woche Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Spielfieber. Die gewalttätige Ausbeutung eines Spielfiebers hatte gestern ein Nachspiel vor dem Oberkriegsgericht. Angeklagt wegen Raubes kam. Beihilfe waren die Angehörigen der inzwischen aufgelösten Soldatenwehr Fellner und Mantel. — Der Angeklagte Fellner war eines Abends in einem Spielklub geraten und hatte sich dort verhalten lassen, mitzuspielen. Der Erfolg war, daß er in kurzer Zeit seine gesamten Ersparnisse verloren hatte. Als er in späterer Nacht halb raueind auf die Straße kam, packte ihn die Neugier über seine Lohheit und aus dieser Stimmung heraus sagte J. den Plan, den ganzen Spielklub „hochgeben“ zu lassen. Er überredete 10 Kameraden mitzumachen und nach kurzer Zeit rückten die 11 Mann zum Teil überbe-maffnet dort an. Fellner „beschlagnahmte“ das gesamte Spielgeld, verteilte hieron einen Teil an seine Kameraden und lieferte den Rest nach Abzug seines eigenen Spielbeitrags ab. — Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Hausen geltend, daß hier nicht Raub vorliege, da die Angeklagten zur damaligen Zeit zur Bornahme einer Beschlagnahme befugt waren, übrig blieb nur eine Unter-schlagung der in dienstlicher Eigenschaft beschlaggenommenen Gelder. Das Gericht folgte auch diesen Ausführungen und erkannte wegen Unterschlagung gegen Fellner auf 3 Wochen und gegen Mantel auf 3 Tage Gefängnis.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neutölln (S. P. D.)

Heute Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlungen

- in nachstehenden Kolonnen:
- | | |
|--|--|
| 1. Grawe, Schindlerstr. 22. | 20. Nuck, Ringbahnstr. 34. |
| 2. Schmidt, Büchlerstr. 11. | 21. Berthold, Kranoldstr. 1. |
| 3. Müller, Hohenstraße, Ecke Pflügerstr. | 22. Seidel, Reinholdstr. 14. |
| 4. u. 6. Beck, Reuterstr. 45. | 23. Nöhling, Glajowstraße, Ecke Denaustr. |
| 5. Thiel, Meierstr., Ecke Friedelstr. | 24. Krüger, Emser Str. 96/97. |
| 7. Lade, Friedelstr. 7. | 25. u. 42. Panke, Hermannstr. 1. |
| 8. Brand, Pflügerstr. 19. | 26. Müller, Thüringer Str., Ecke Wippenstr. |
| 9. u. 10. Aforing, Denaustr. 54. | 27. Leverenz, Roggenstr. 9. |
| 11. und 13. Marienfeld, Kaiser-Friedrich-Str. 23a. | 28. Müller, Emser Str. 27. |
| 12. Schweighöfer, Welschstr. 20. | 29. Adam, Bobberstr. 32. |
| 14. Schittler, Welschstr., Ecke Denaustr. | 30. Gohlke, Hermannstr. 190. |
| 15. Podbielski, Welschstr. 2. | 31. Kottke, Wörthstr. 14. |
| 16. Groß, Mühlener Str. 52. | 32. Kutzki, Reinerstr. 1. |
| 17. Prüfer, Halberstr. 45. | 33. Kittler, Vogelstr. 3. |
| 18. Ewald, Meierstr. 172. | 34. Sauer, Thomasstr. 21. |
| 19. Schwengel, Elberstr. 8. | 35. Klostermann, Thomasstr. 40. |
| 20. Grunert, Denaustr. 99. | 36. u. 34. Grieger, Reisingerstr. 9. |
| 21. Schwack, Bobberstr. 66. | 37. Bethge, Steinmühlstr. 7. |
| 22. Mühlhans, Reiser Str. 32. | 38. u. 37. Lampe, Reisingerstr. 16, Ecke Prinz-Sandberg-Str. |
| 23. Weber, Mühlhansstr. 11. | 39. Wischniewski, Reisingerstr. 34. |
| 24. Jung, Reisingerstr., Ecke Kaiser-Friedrich-Str. | 40. Grawunder, Reisingerstr. 1, Ecke Hermannstr. |
| 25. Nitzsche, Berthelabacher Straße, Ecke Denaustraße. | 41. Dausacker, Reisingerstr. 35. |
| 26. u. 27. Schneider, Rosenstr. 7. | 42. Jden, Bobberstr. 56. |
| 28. Kellner, Bergstr. 15/16. | 43. Wall, Meierstr. 7. |
| 29. u. 30. Wolf, Reisingerstr. 41. | 44. Aalschläger, Steinmühlstr. 53. |
| 31. Mülow, Kaiser-Friedrich-Str. 122, Ecke Denaustr. | 45. Hentschel, Reisingerstr. 27. |
| 32. Amelanson, Schwarzstr. 1. | 46. Kunert, Reisingerstr. 21/22. |
| 33. Maron, Mühlhansstr. 44/45. | 47. u. 68. Jaksch, Baugleichstr. 1. |
| 34. König, Kramstr. 14. | 48. 70, 73, 74 u. 75 Schmidt, Mühlener Str. 23. |
| 35. Kalkusch, Saalestr. 5. | 49. u. 72 Breitkreutz, Reuterstr. 11. |

„Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung

Versammlungen:

- Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Stephanstr. 27, zu Noabit:
2. Zyklusvortrag des Redakteurs Arturaternus über:
„Die Weltproduktionskrise“
Eintritt frei!
- Freitag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophientheaters, Weinmeisterstraße 10-17:
3. Zyklusvortrag des Herrn Eugen von Reibnitz über:
„Die praktische Notaktion“
Eintritt frei!
- Die Arbeiterschaft und deren Vertrauensleute sind zu zahlreichem Besuch der Vorträge eingeladen.

Glühlampenwerk Siemens & Halske.
Donnerstag, den 9. Oktober, vorm. 10 Uhr
Betriebsversammlung
im Stadthaus Moabit (Krone). Die Streikleitung.

Ich zahle für
Alte Gebisse
mit gewöhnl. Plat.-Zähnen pro Zahn bis 5 M., jedoch nicht unter 3,10 M. pro Zahn!
Für Plat.-Sült- u. Plattenzähne bis M. 40,- (nach Gewicht)
Platin 56,50 M. pro Gramm.
Berlin W., Krausenstr. 56/58
Ankauf: Hotel Grüner Baum, Postfach 251.
Vogler, Berlin.

Jede Ratte jede Maus
Gibt durch „Zinittin“ im Haus!
Viktor, Russen, Grillen, Schwaben
Schneid den Tod im Laibe haben
E. a. Preis „Dalmatin“
Macht sie sicher alle hin.
Kammerherr Nill's gesetzlich geschützte
Spez. Mittel „Zinittin“ u. „Dalmatin“ sind
nach 20-jähriger Praxis bewährt, 1000fach
erprobt und absolut zuverlässig.
Kleineren 25.00 in Apotheken u. Drogerien
Fabrikant: Moritz-Werk, Mannheim
Platzreuterei gesucht.
Postfach 251.

Feuriger **Santa Lucia** Feuriger
Süßwein Süßwein
Käuflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
Norden 6822. Grosso-Vertrieb, Bergstr. 24.

Möbel-Cohn
im Osten Große Frankfurter Str. 58
(3 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden Badstraße 47/48

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Polsterwaren,
farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulantte Bedingungen und größte
Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Oekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern
als Anzahlung.

Achtung!
Kollegen der Firma Orenstein & Koppel,
Krawatten, die zur Verwaltungshilfe Berlin gehören, haben
sich am 8. Oktober, vormittags 10-12 Uhr, im Lokal
Acaseng, Cillenstr. 83a, eingefunden. Wir machen darauf
aufmerksam, daß diejenigen Kollegen, die sich nicht rechtzeitig zur
Eingetragung in die Listen melden, Gefahr laufen, keine Streit-
unterstützung zu erhalten.
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Möbel!
Sonder-Angebot!
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Eißen-Möbel
Küchen
in großer Auswahl
zu billigen Preisen
Beste Verarbeitung + trodenes Material
Verland auch nach auswärts
**Combard- u. Möbelhaus „Bahn-
hof Böttje“ G. m. b. H.**
Dircksenstraße 43-44.

**TROCKEN
PARFUM**
FÜR BLONDINEN
FÜR BRUNETTE
HERREN-PARFUM
ELEGANTE SCHACHTEL
M 2,50
**TERASHAUS
MAX SCHWARZLOSE
BERLIN OS**

Möbel
Gelegenheitskäufe
Speisezimmer, echt Eiche, 3050 an
Schlafzimmer, kompl. von 2175,-
Herrenzimmer, echt Eiche, 1980,-
Küchen in allen Farben von 500,-
Etagenmöbel, Kleinföbel, Polstermöbel
große Auswahl
Rosenthalerstr. 9a u. 12 (La.)
Baron

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberwalde bei Berlin
Fernspr. No. 34, 607, 610 u. 609 | Abteilung
Telegr.-Adresse: Ardeltwerk | Zahnradfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körper. in 2-3 Arbeitstagen.
1421.

Möbel
in großer Auswahl und
guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Kreuzgang u. Sperrl. nehme in Zahlung

Achtung!
Kollegen der Firma Orenstein & Koppel,
Krawatten, die zur Verwaltungshilfe Berlin gehören, haben
sich am 8. Oktober, vormittags 10-12 Uhr, im Lokal
Acaseng, Cillenstr. 83a, eingefunden. Wir machen darauf
aufmerksam, daß diejenigen Kollegen, die sich nicht rechtzeitig zur
Eingetragung in die Listen melden, Gefahr laufen, keine Streit-
unterstützung zu erhalten.
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Möbel!
Sonder-Angebot!
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Eißen-Möbel
Küchen
in großer Auswahl
zu billigen Preisen
Beste Verarbeitung + trodenes Material
Verland auch nach auswärts
**Combard- u. Möbelhaus „Bahn-
hof Böttje“ G. m. b. H.**
Dircksenstraße 43-44.

Möbel
Gelegenheitskäufe
Speisezimmer, echt Eiche, 3050 an
Schlafzimmer, kompl. von 2175,-
Herrenzimmer, echt Eiche, 1980,-
Küchen in allen Farben von 500,-
Etagenmöbel, Kleinföbel, Polstermöbel
große Auswahl
Rosenthalerstr. 9a u. 12 (La.)
Baron

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberwalde bei Berlin
Fernspr. No. 34, 607, 610 u. 609 | Abteilung
Telegr.-Adresse: Ardeltwerk | Zahnradfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körper. in 2-3 Arbeitstagen.
1421.

Möbel
in großer Auswahl und
guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Kreuzgang u. Sperrl. nehme in Zahlung

Möbel-Rossien
87 Kantanten-Allee 87
Schlafzimmer . . . von 2250 bis 8400 M.
Speisezimmer . . . 3200 . . . 9300
Herrenzimmer . . . 2500 . . . 7800
Wohnzimmer . . . 2700 . . . 4650

Bekanntmachung
betreffend
**den Erbschaft für einen verstorbenen
Stadtverordneten.**
An die Stelle des verstorbenen Stadtverordneten August
Haddach tritt nach der von mir auf Grund der Bestimmung
des § 8 der Verordnung über die anderweitige Regelung des
Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919, sowie der §§ 53
und 59 der Wahlordnung für die Wahlen zur Verfassungs-
gebenden deutschen Reichsversammlung vom 30. November
1918 in Verbindung mit dem § 21 des Reichswahlgesetzes vom
30. November 1918 vorgenommenen Festsetzung als nächster
Bewerber aus dem Wahlbezirk Dr. Hermann Wenz die
Vorentscheidlerin Ottilie Pohl
in Berlin NW 87, Beusselstraße 43,
als Erbschaffin in die Stadtverordnetenversammlung in
Berlin ein.
Berlin, den 8. Oktober 1919.
Der Kommissar des Magistrats.
Loehning, Stadtrat.
(Tgl. Nr. 1290 Pohl 19.)

Künstliche Zähne
mit echtem Parafantsch, Goldbronnen und Brillen
Verhältnismäßig, Rep. u. Umarb. (soll. Ueber 30 J. langlebig,
keine Kurenpreise, Zahnpraxis Gröber, Prinzengr. 60a
an der Fiedlerer Str. Fernspr.: Moritzpl. 11233, 88585

Platina Gramm bis 60 Mark
Gold, Silber, alte Gläser bis 750 Mark,
Platinzähne von 2,50 bis 38 Mark
kauft Frau Knäth, Zionskirchstraße 54, vorn II
(Ecke Anklamer Straße, nahe Brunnenstraße)

Mehrere Parteisekretäre
für die Provinz Ostpreußen
zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerber mit agitatorischer
und organisatorischer Befähigung wollen sich bis zum
15. Oktober 1919 an den Unterzeichneten, unter kurzer
Angabe des Lebenslaufes und bisheriger Tätigkeit, melden.
Zeitgemäßes Gehalt.
Provinzialvorstand der S. P. D.
J. A. O. Kahl,
Königsberg i. Pr., Vorder-Rosgarten 61/62. 220-8

Tüchtige Modellist
für den guten Lohn u. dauer-
hafter Beschäftigung sofort ein
128-8
W. Schöcker,
Krausenstraße (Rigo).

**Tüchtiger
Fotoredakteur**
der die Redaktionsleitung zu übernehmen
hat, möglichst fotografiefähig, zu so-
fortiger Aufnahme bis 15. Oktober
erbeten an
220-8
„Volksworte“, Stettin, Schillerstraße 10.

50 Zimmerleute
sofort gesucht.
Verfahrensbauamt Reutlin.

Tüchtige Zimmerleute
sofort gesucht. Zu melden
zwischen 4-9 Uhr bei
908-9
Karl Brandt, Schillingstr. 7.

Perfekten Einrichtner
mit guten Zeugnissen und
Empfehlungen für Essent-
u. Feinmöbelsachen sucht 907-9
Karo & Co., Rotzluft Damm 67

**Ein Arbeiter zur Be-
dienung einer
Bildhauermaschine,
und zum Fertigmachen ge-
bohrter Hühner- und an-
sonstiger Arbeiten
Holzbildhauer
bei gutem Lohn gesucht.
Alais Kalka, Cullendorfer 13.**

Nachwächter
mit guten Zeugnissen von
Berliner Maschinenbauerei ge-
sucht. Angebote unter K. 37
an die Hauptpost, d. „Vorwärts“.

Musternäherinnen
für Blusen und Kleider
im Hause
bei hohem Lohn.
Arbeitszeit 9-4 Uhr.
Frank & Bernstein
Scharrenstr. 11/13.

**Perfekte
Stenotypistin**
soganzheit, möglichst aus der
Holzbranche, für unser Werk
sofort verlangt. Offerten oder
persönliche Vorstellung von
5-7 Uhr Montagabend 29.
**Produktions-Gesellschaft
für Metall- und Holz-
bearbeitung z. G. m. b. H.**
Hosenträgerstepperinnen
auf dem Hause verlangen 13/2
Jäger & Schneemann,
Spandauer Str. 19.

Näharbeit
auf Nähmaschinen auf dem
Hause werden 15/4
Jäger & Schneemann,
Hosenträgerstepper,
Spandauer Straße 19

Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmeltzerei.
Weberstr. 31 (Alexander 434). 790-4

Austrägerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppelpfad. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Fritze, Steglitzer
Str. 37, Laden. — Markusstr. 36. — Dör, Immanuelkirchstr. 24. — Melle,
Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener
Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Steglitz: Zie-eidecker, Schichhornstr. 11.
P. Schulz,
Schöneberg: Beiziger Straße 27.
Charlottenburg: Seesenheimer
Straße 1.
Hohenschönhausen: Wriezener Str. 17
part., abends 5-7 Uhr

Ziehung 16. u. 17. Okt. 1919.
**Nürnberger
Geld-Lotterie**
4856 Geldgew. bar u. Abzug.
125 000
Hauptgewinn M.
50 000
Empf. u. vers. auch u. Nachz.
Lose à M. 2,00 Porto u. Liste
60 Pf. miteins.
J. Stürmer,
Mannheim, O. 7. 11. u.
(bisher Straßburg i. Els.) *

Rentenhaus
Naher Schlachthof und
Frankfurter Allee, bei
kleiner Anzahlung für
160.000,- M.
zu verkaufen. Miets-
ertrag, noch sehr stei-
gerungsfähig, 12.800 M.
Isr. Schmidt Söhne,
Leipziger Str. 112,
Ecke Mauerstraße.
Ztr. 1260/3 2066 10371/2

Junge Eheleute
erhalten Prospekt über Mutter-
schutz unentgeltlich. Frau
Emma Fischer, Berlin-Wil-
mersdorf 128, Kaiserallee 179.

Prima Raglan- und Wollschneider
auf Werkstelle und außer Haus sucht
671-9
Adolf A. Stern, Poststr. 24/25.

Prima Großstück-Schneider
auf Werkstelle und außer Haus sucht
671-9
Adolf A. Stern, Poststr. 24/25.

**Gelehrte, zuverlässige
Schiffszimmerleute und Bootsbauer**
für Fischereifahrzeuge und Yachtbootbau
zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung
erfolgt auf Grund der Feststellungen der gütlichen Be-
dingungen. Unterrichtszeit möglichst gering. Bewerbungen erbeten an
Pommern-Werft G. m. b. H., Ostsee-Flöße
552

Inferaten-Angewandter
für große Berliner Lagerhaltung unter günstigen
Bedingungen gesucht. Offerten unter J. 37 an die
Hauptpost des „Vorwärts“.

20 geübte Lötnerinnen
für Messing und Eisen sowie
4 Spritzerinnen
für Lampen sucht
Schlawa & Grün,
Schiffstr. 10.
902-8

Ederhutmäherinnen
und mehrere tüchtige Fuß-
Schneidnerinnen suchen per sofort
Mertes & Co., Lindenstraße 35. 79-14

Helmarbeiterinnen
auf Dabymäntel suchen bei
guter Bezahlung 13/1
Alex Roth & Goldschmidt,
Schildhornstr. 47.

Ederhutmäherinnen
suchen Hausverdingen 13/9
Jäger & Schneemann,
Hosenträgerstepper,
Spandauer Straße 19.

Blusenmäherinnen
für stiellosen Betrieb bei
hohem Lohn, Arbeitszeit
9-4 Uhr, verlangen 50/12
Frank & Bernstein,
Scharrenstr. 11/13, Vertig. C.

Groß-Berlin

Ein neuer Verein.

Es gibt zwar schon viele Vereine, und alle sind unentbehrlich. Aber wir wollen trotzdem noch einen neuen gründen. Denn er wird zweifellos einen riesigen Zulauf haben. Alle werden ihm angehören, ob sie wollen oder nicht. Es gehört überhaupt jeder hinein.

In den „Verein für Unhöflichkeit“. Das wird der größte Vereinschlag werden, den es je gegeben hat. Er verlangt kein Beitrittsgehalt, keinen Jahresbeitrag, man muß sich nur aus innerlichem Gefühl heraus zu ihm bekennen.

Vereinsabzeichen: Ein ordentlicher, derber Knoten. — im Taschentuch meistwegens. Also auch sehr billig.

Die Statuten des Vereins für Unhöflichkeit enthalten nur zwei Paragraphen:

- §1: Sei immer, aber auch immer unhöflich.
- §2: Schimpfe immer, aber auch immer über die Unhöflichkeit der andern.

Wer das nicht tut, müßte allerdings aus dem Verein ausgestoßen werden. Keine Angst, es bleibt jeder drin. Eine solche Mitgliederzahl, wie sie unserem neuen Verein in Aussicht steht, ist bisher noch nicht dagewesen. Wollen Sie die Mitglieder — oder wenigstens alle, die in den Verein hinein dürfen — sehen? Schauen Sie auf die Hochbahnzüge — zum Plätzen voll mit vielen Mitgliedern. Und die Straßenbahn! Die Große Berliner hat bekanntlich 3456 $\frac{1}{2}$ Wagen im Verkehr. Jeder enthält regulär 30 Plätze. Das bringt uns bestimmt auch eine neue ungeheure Mitgliedersteigerung.

Das ist aber noch nicht alles.

Die gute Stadtbahn befördert von früh bis spät fast nur unsere Vereinsmitglieder. Die Warenhäuser, die anderen Verkaufsstellen, die Profikommisionen, die Postämter — alles, alles voll von unseren Vereinsgenossen. Und wenn Sie irgendwo nicht sicher sind, ob Sie einen Vereinsbruder vor sich haben, so machen Sie doch eine kleine Probe. Stoßen Sie ihn im Vorbeigehen ganz leicht an, wie aus Versehen, brummeln Sie „Baddong“ (dazu einen Finger an die Futrempe — ist aber nicht unbedingt notwendig) und warten Sie ab. Sagt der andere dann großend: „Na — oder Stiefel“ oder „oder Flegel!“ dann können Sie beruhigt sein. Auch er gehört in unseren Verein.

Heute findet die juristische Sprechstunde von 2 bis 4 Uhr statt.

Aus der Werkstatt.

Kennst Du Dich in der Organisationsfrage aus? Natürlich: Die Betriebsorganisation macht die Streiks und die Gewerkschaft bezahlt sie. Drum wird sie beibehalten und darf nicht erschüttert werden.

Ku versteh ich!

Parteigenossen und Jugendfreunde.

Wahr denn je ist es erforderlich, daß eure Schulentlassenen Söhne und Töchter sich einer Organisation anschließen, welche die Interessen der arbeitenden Jugend auch wirklich vertritt. Dies ist einzig und allein der

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin

der es sich außerdem zur Aufgabe gemacht hat, die Jugend im Sinne des Sozialismus zu erziehen, um so auch in der Zukunft Kämpfer für die Arbeiterklasse und geschulte Bauarbeiter für den sozialistischen Staat zu haben.

Parteigenossen! Macht eure Söhne und Töchter auf die Veranstaltungen des Vereins aufmerksam und haltet sie zum Besuch bereit an, — Beitrittsanträge werden auf allen Veranstaltungen und im Jugendsekretariat: Bellevuestr. 7, entgegengenommen.

Erleuchtung.

88] Roman von Henri Barbusse, Verdeutschelt von Ruz Hochdorf.

Nach diesem Gesetz haben die Könige mit den Vätern gespielt und mit dem Menschenblut, dessen Eigentümer sie sind. Nur nach diesem Gesetz sind alle Väter ausgepreßt und ausgeräubert worden. Diesem Gesetz nur ist es zu danken, wenn das Stücklein sittlichen Fortschritts, menschlichen Glücks und menschlicher Eintracht, das nicht leeres Schemen blieb, so verzweifelt mühselig, so trübselig ungeschmeidig, so entsetzlich krampfhaft, so barbarisch und gewalttätig zusammengedrückt wurde. Diese düstere Vergangenheit, überlastet von Schuld, überlastet von Sünde und Sektiererei, jede alte Nation mühte sie auf sich laden. Das soll man erkennen, damit man die Vergangenheit nicht haßt. Diese Vergangenheit allein ist allen Nationen gemeinsam, wie ihnen Leid, Schande und Schmerz gemeinsam sind. Glückliche die jungen Völker, denn sie werden nicht von Gewissensbissen gepeinigt!

Und dann das, was doch eine Wohlthat der Vergangenheit ist! Das Feuer der französischen Revolution und die unermesslichen Gnadengaben, die von den Seefahrern aus neuen Welten zur alten Welt heimgebracht wurden und die wunderbare Ausnahme der wissenschaftlichen Entdeckungen, die durch ein zweites Wunder nicht im Keim erstirbt werden konnten, sind sie nicht auch allen Völkern gemeinsam? Sie gehören allen Völkern nicht weniger als die unverlöschliche Schönheit des Partenos und die Blige Shakespeares und die Gewitterstürme Beethovens. Sie gehören ihnen allen, wie Liebe und Lebensfreude Gemeingut aller Menschen sind!

Die Weltensfrage, in die unser heutiges Leben, gleich dem einstigen Leben, verwickelt und verwirrt ist, kann nur mit einem Weltennittel gelöst werden. Jeder Nation werde zurückerstattet, was ihr in Wirklichkeit gebührt. Schüt man die Nationen aus dem Joch des Machtwillens heraus, das nur ein Raub an dem großen Menschenideal bedeutet, entführt man dies falsche Ideal endgültig aus all dem krampfhaften Mühen und Ringen, dann wird man erst dem wahren Ideal seine göttliche Einheit wiedergeben. Man schreie nicht: Das Einzige, was ich beachten muß, ist mein persönlicher Vorteil! Bewahren wir die Liebe zum Vater-

Die Berliner Schwimmhallen.

Uns wird geschrieben: Die Berliner Schwimmhallen sind schon lange Zeit geschlossen. Der Grund soll Kohlenmangel sein. Nur Realisim war in der Lage, sein Stadtbad in Betrieb zu behalten, weil dort die Abwässer der Pumpstationenmaschinenanlage benutzt werden. Charlottenburg hat den Betrieb in der Krümmen Straße ebenfalls wieder aufgenommen. In Berlin hat man es nicht zuzulassen können, wenigstens zwei Bäder — Gerichtstraße und Schillingstraße — für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat beschließt jetzt auch noch die Brunnenräume zu schließen. Da die Berliner Arbeiter meist keine Badeeinrichtung besitzen, bedeutet dies eine schwere Gefährdung ihrer Gesundheit. Der Berliner Schwimmport wurde durch den Krieg schwer geschwächt. Der Sommer brachte einen großen Aufschwung. Sollen diese Erfolge wieder verloren gehen? Es ist für die Arbeit der Schwimmvereine zu bedenken, daß jährlich über 5000 Personen in Deutschland ertrinken. Die Vereine arbeiten für das Allgemeinwohl im Interesse der schon daniederliegenden Volksgesundheit. Täglich ertrinken in Berlin neue Kinost, die der Jugend „Aufklärung“ bieten. Tatsache ist es, daß die Schwimmvereine der Jugend mehr bieten als die Kumpel, Kinost und Bergnadelnabstimmungen. Die Kohlen, die für diese benötigt werden, würden nutzbringender angewendet werden, wenn die Schwimmhallen geöffnet werden. Der 2. Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Schwimmvereine schreibt in Nr. 488 des „Berliner Tageblatts“ vom 4. Oktober über die Ungeheuerlichkeiten (!!) gegen die Kinost. Er begründet (!!) dies folgendermaßen: Das Publikum besucht die Kinost gerade im Winter, um sich dort zu wärmen und in der Stille das Gas und Licht zu sparen (!!). Dieser Herr versteht es ausgezeichnet, die Interessen der Kinostbesitzer zu vertreten.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben dieser folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß eine sofortige Öffnung der städtischen Volksschwimmbadanstalten und Schwimmhallen ermöglicht wird. Soffentlich sind sich alle Stadtverordneten in dieser Frage einig und folgen energisch dafür, daß wenigstens die Schwimmhallen in der Gerichtstraße und Schillingstraße eröffnet werden. Somit würde dann in Nord, Süd, Ost und West Groß-Berlins je ein Schwimmbad geöffnet sein. Hat der Magistrat das Volkswohl im Auge, so öffne er die Badeanstalten. Die Kosten machen sich durch gesunde, kräftige Menschen wieder reichlich bezahlt.

„Hohe Entlohnung“ von Staatsarbeitern.

Uns wird geschrieben: Noch immer erhält ein großer Teil der beim Bundesratshausministerium beschäftigten Arbeiter 1,50 M. Stundenlohn. Sogar Handwerker erhalten diesen Lohn, die in ihrem Beruf zwar beschäftigt werden, aber nicht eintätig angestellt sind, da keine Stellen vorhanden sind. Bei diesen Einkommensverhältnissen ist es Familienvätern mit mehreren Kindern nicht möglich, die ihnen zuzuehenden rationierten Lebensmittel beschaffen zu können, noch viel weniger können sie aber an die Beschaffung von Kleidung denken. Jetzt soll nun endlich den Arbeitern eine Beschäftigungsaufgabe gewährt werden, die für Verheiratete 600 M. beträgt. Da in den Betrieben jedoch ein großer Teil Arbeiter erst im Sommer eingestellt ist, so werden diese wieder leer ausgehen. Dabei handelt es sich meistens um Kriegsveteranen und -beschädigte, die erst später aus den Lazaretten entlassen worden sind. Es wäre dringend erwünscht, daß die Regierung auch diesen Kollektiven schleunigst die Bezüge aufbessern würde.

Es müßte einen doch komisch an, daß die Staatsarbeiter immer noch niedrigere Löhne bekommen als Gemeindearbeiter. Hier muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden, da die Arbeitsleistung dieselbe ist wie die der Gemeindearbeiter.

Brot und Margarine werden teurer.

In der letzten Verammlung der Vätermeister ist mitgeteilt worden, daß eine Erhöhung des Brotpreises infolge der zu erwartenden Steigerung der Löhne der Bäckergehilfen von 100 auf 135 M. pro Woche nicht zu vermeiden sei. Aus städtischen Kreisen erfahren wir hierzu, daß die Groß-Berliner Brotgemeindefratte irgend welche Beschlüsse bezüglich der neuen Festlegung des Brotpreises noch nicht gefaßt hat. Es wird keineswegs verlannt, daß die Teuerung der notwendigen Lebensmittel nur im äußersten Notfall eintreten dürfe. Beim Brot dürften die Verhältnisse aber so liegen,

daß eine Erhöhung des Preises nicht zu umgehen ist. Man rechnet bereits mit einer Erhöhung auf 1,80 M., das würde allerdings eine Steigerung um 33 $\frac{1}{3}$ Proz. bedeuten.

Ebenso ist eine Verteuerung der Margarine bereits eingetreten. Auch hier sind die Produktionskosten sehr gestiegen, so daß der Preis für den Doppelknetter jetzt auf 885 M. anstatt bisher 600 M. festgesetzt worden ist.

Die Bataillonsoffiziersräuber, welche am 28. September die Kasse des Eisenbataillons 4 ausplünderten, sind nunmehr verhaftet worden. Der Juchhäusler Wittuhn, ein gewisser Lehmer waren die Anführer zu dem Raube. Sie hatten die Aufmerksamkeit der beiden Unteroffiziere Reiminger und Furggare auf die Kasse gelenkt und so den Plan zur Ausführung gebracht. Wittuhn und der Schächter Prach vertheidigten sich als Offiziere, während der Arbeiter Reimike als Fahnenwächter auftrat. Außerdem ist noch ein Arbeiter Ruhnhoff an dem Raube beteiligt. Bei der Teilung der Beute gerieten die Komplizen in Streit und konnten infolge eines Berrais förmlich verhaftet werden.

Von der Straßenbahn überfahren und sofort getötet wurde vor dem Hause Koanderstr. 8 die 54jährige Rosa Schmittroth aus der Schmidtstr. 15. Die Leiche wurde von der Feuerwehr geborgen und von der Polizei beschlagnahmt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Händler und Schaukeller hat in einer Versammlung in den Alhambra-Beständen folgende Beschlüsse für die Regelung des Straßenhandels beschlossen, die dem Polizeipräsidium übermitteln wurden: Straßenhandel darf jebermann betreiben, der ordnungsmäßig einen Gewerbeschein eingeleitet hat, keine Arbeitslosenunterstützung bezieht und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Der Straßenhandel ist mit denjenigen Waren zulässig, bezüglich deren der Handel im Umherziehen und der Rest- und Marktverkehr gestattet ist, Straßenhandel kann auf denjenigen Plätzen und Straßen verboten werden, bei denen dadurch der Postdienst oder Fußverkehr erheblich behindert wird. Vor jedem dieser Verbote wird die Arbeitsgemeinschaft der Händler und Schaukeller, Sitz Berlin, quodammodo gehört.

Die Wappstele ist jetzt dem Ministerium für Volkswohlfahrt, Berlin W 66, Leipziger Str. 3, unterstellt worden.

Mariendorfer-Schule. Gemeindevorteiligung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde einem Dringlichkeitsantrag des Heinesen Berlad zugestimmt, worin derselbe Beschwerde erhebt gegen die immer noch nicht erfolgte Beschäftigung der Schuldeputation. Abgelehnt wurde ein Antrag, die freie Hochschulgemeinde für Proletarier mit 500 M. zu unterstützen. Von unseren Genossen wurde diese Unterstützung bekämpft mit dem Hinweis, daß diese Einrichtung die Wissenschaft im Sinne der unabhängigen Partei beeinflussen will, für einseitige Bildung und Wissenschaft aber Gemeindegeld nicht in Betracht kommen könnten. — Die Volkshochschule Tempelhof-Mariendorf, welche in unparteilicher Weise die Bildung aller Bevölkerungsschichten zugänglich machen will, wurde mit 500 M. Unterstützung bedacht. — Von den Ausführenden arbeiten zur Anlegung eines Volksparks soll aus finanziellen Gründen vorläufig Abstand genommen werden. — Auf den Protest unserer Genossen wurde in der vorigen Sitzung die Vertreibung des Gemeindevorstandes nicht gutgeheißen. Die darauf vorgenommene Wahl des stellvertretenden Gemeindevorstandes ergab die Wahl des Genossen Waldeheim. — Dem Antrage der Schuldeputation, Vorkurs, Altendestler und Korbhandwerker, sie in ihren Bezügen mit ihren Berliner Kollegen gleichzustellen, wurde stattgegeben. — Von der Regierung in Potsdam wurde der Gemeinde verboten, an die Volkshochschule die nichtpensionsfähigen, aus Gemeindegeldern bewilligte Zulage, weiter zur Auszahlung zu bringen. Nach den Verhandlungen, welche in dieser Angelegenheit geführt worden sind, ist ein Ausweg geschaffen, daß die Volkshochschule in ihren Einkünften nicht geschnitten werden. Zur Hebung der Kriegseinkommen wurde ein Ausschuß bestimmt, welcher in würdiger Weise für die Interessen der Heimkehrer zu sorgen hat. — Angenommen wurde ein Antrag der Knabenhängigen und unserer Fraktion gegen die Stimmen der Bürgerlichen: Die Gemeindevorteiligung beauftragt den Gemeindevorstand, bei der Regierung gegen den weiteren Abbau der Jugendwirtschaft energisch zu protestieren. — Ein Antrag der Kriegsbeschädigten auf besondere Fürsorge, welcher am 21. April gestellt war, konnte erst jetzt seine Erledigung finden. — Beschlossen wurde, die Forderungen auf Kolonnenfahrt und Dramahilfsleistung so zu erfüllen, daß die Anfuhr auf Antrag erfolgt, wenn das Gesamteinkommen der Familie 6000 M. nicht übersteigt. Für die Bewilligung kommen auch Hinter-

lande in unserem Herzen, aber entthronen wir die Idee des Vaterlandes!

Ich stehe auf dem Hügel von Châtaigniers. Ich stehe in der Schönheit dieser Orte, die ich liebe und im Herzen der vier Wege, die sich hier schneiden. Und ich überblicke all die neuen Dinge. Es geschieht nicht, weil neue und wichtige Ereignisse eingetreten sind. Ich habe nur die Augen rechtzeitig geöffnet.

Ich bin belohnt dafür, ich, der niedrige Mensch, daß ich allein unter den Laufenden dem Jertum bis zum letzten nachgeschaut habe, und bis in seine äußersten Wohnungen. Jetzt enthülle ich endlich den schlächten Kern jeder Wahrheit und die kantige Klarheit der großen Horizonte. So ungeheuer ist die Offenbarung, daß ich mich zerquetscht und bedroht fühle von der Schweigsamkeit der Menschen, die dort unter den Dächern zusammengesperrt wurden. Spreche ich sie nur schüchtern aus, diese meine Wahrheit, und nur im Geheimen zu mir selber, so ist es nur darum, weil jeder von uns ein irdisches Leben hat führen müssen, das noch irdischer war als sein vermeintliches Alltagsdasein. Auch mich hat meine Erziehung überlastet, ebenso wie die anderen Menschen, mit Jahrhunderten voller Finsternis, voller Demütigung und Gefängnisenge.

Wohl, nur behutsam haut sich die Wahrheit vor mir auf. Aber sie ist doch die Wahrheit. Und es kommen doch schon Augenblicke, da wirft mich ihr ewiger Sinn in ihren göttlichen Wirbel hinein. Auf dieser regellosen Welt unterdrückt die Schwäche der Denker die Stärke der Vielen. Der Glaube an den Gott des Krieges und der Unterwerfung reicht nicht mehr aus, damit die Ungleichheit zwischen den Regierenden und den Regierten ihre Weihe behalte. Auf dieser Welt regiert allein noch die Ueberlieferung und die Lehre, daß blindlings angebetet werden muß, was einstmalig war und was darum auch heute nur sein darf. Ein Gott, der keinen Kopf trägt, regiert heute. Das Menschenideal wird ewig durch die beiden Gestaltungen der Ueberlieferungen eingedämmt und eingepreßt, als da sind: der Raum und die Zeit. Ueber die Zeit hinaus herrscht, was von den Erblässen hinterlassen wird. Ueber den Raum hinaus herrschen die beengenden Grenzen. So wird Jegliches im Besonderen zermalmt und zernichtet. Das allein ist die Wahrheit, ich weiß es ganz genau, denn die berührt mich ja körperlich.

Aber ich weiß nicht, was uns noch begegnen wird. Wird

all das vergossene Blut, werden all die vergoldeten Worte, die den Leibern und den Seelen ein Scheinideal aufdrängen sollen, noch lange stark genug sein, um die Menschheit in das Erdenreich des Sinnlosen ewig einzusperren? Die Geschichte ist ein Buch der Irrtümer. Ich habe nicht nur gesehen, wie Segen auf alles hinuntergerregnet ist, das dem Uebel diene. Ich habe nicht nur gesehen, wie Fluch hinunterfiel auf alles, was dem Uebel hätte steuern können. Ich habe auch gesehen, wie auf der Erde die Kämpfer für das wahre Sittengesetz gehetzt und angespuht wurden. Das war so angefangen von dem knirschigen Termiten, der wie eine Ratte in den Schlachtenwirbel hineingeschludert wurde, bis zu Jesu Christo, dem Herrn und Heiland —

Dann machen wir uns auf den Heimweg. Nun geschieht es zum ersten Male seit meiner Rückkehr, daß ich mich fester auf Marie stütze. Und sie stützt sich auch fester auf mich.

21. Kapitel: Rein!

Als unser Kriegsmuseum eingeweiht wurde, geriet Crillon auf den Gipfel der Freude. Das Einweihungsfest war das wichtigste Ereignis in all diesen Tagen. Im Saal I war eine Ausstellung von Bildern und Zeichnungen zu sehen, die von Dilettanten aus der hohen Gesellschaft herstammten. Der Stadtrat hatte ein Holzhaus bauen lassen und alles feierlich eingeweiht. Auf den Bildern waren Kriegsgegenstände zu sehen. Vieles hatte man von Paris hergeschickt.

Crillon ist sonntäglich und feierlich angezogen. Er kauft den Katalog, der zugunsten der Verwundeten verkauft wird. Er ist voller Bewunderung über die Viste all der ausstellenden Persönlichkeiten. Er spricht von Titeln, von Bappen und Kronen. Er erkundigt sich nach den Einzelheiten des Adelskalenders. Da fragt er vor einer Bilderreihe: „Sag, wer hat in Frankreich mehr Talent, eine Prinzessin oder eine Herzogin?“ All diese Dinge erregen ihn höchlichst. Er schnüffelt ständig am unteren Rande der Bilder herum. Er möchte die Unterschriften entziffern. Nach diesem Raum, in dem all die glänzenden Namen anzutreffen sind, folgt ein Saal, der förmlich überlaufen wird, denn dorten stehen sieben Kriegsbeutestücke herum, als da sind: Fidelehanden, Tornister mit gelbem Fellüberzug und Granatenstücke. Aus Stücken kunstvoller Herkunft hat man eine ganze deutsche Infanterieuniform zusammengestellt.

(Fortf. folgt.)

Nachfrage in Frage. Kohlen für andere Hilfsbedürftige sollen auf Armenpflegelassen übernommen werden. — Zugestimmt wurde den Bedingungen über die Vergabe von Schulräumen. Hauptbedingungen sind: alle Schulräume sind allen politischen und gewerkschaftlichen Vereinen unentgeltlich und — soweit möglich — gebietet zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung trifft die Gemeindevorstellung. — Der Hauswirtschaftsunterricht in den Volkshochschulen soll vom 1. Oktober als Pflichtunterricht eingeführt werden. — Ein weiterer Beschluss der Schuldeputation verlangt ab 1. Oktober die Einführung des wahlfreien Wahl- und Stenographienunterrichts an den Gemeindevorstellungen. Die Gemeindevorstellung stimmt dem zu. — Für den Ausbau des Blümlerschen Lokals zu einem Kindergarten werden 20 000 M. bewilligt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

II. Berlin. Käse in den Protokollkommissionen 6, 7, 13, 17, 21, 22.

Lichtenberg. Die Kartenabgabekassen für Lebensmittelkarten und Kohlenkarten in der Schanzenstr. 19 werden vom 13. Oktober ab für das Publikum nur noch wochentäglich von 8-1 Uhr geöffnet sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksverband, Sekretariat für militärische Angelegenheiten. Obenstr. 3 II, Hof IV, Zimmer 10. Die juristische Sprechstunde findet heute nachmittags von 6-7 Uhr statt.

2. Abt. Heute Jahrlabend für die Bezirke: 17-19 und 20-32, Büchelstr. 6 bei Wölke; 20-26, Charlottenstr. 7/8 bei Sjörm; 27-30, Marquardtstr. 17 „Pfefferberg“; 216, 217, 220, Hollmannstr. 16 bei Pfeiffer.

21. u. 22., 23.-25., 26.-32. Abt. Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in Haverlands Festsaal, durchgeführt von den Mitgliedern des Vereins Arbeiterjugend, anschließend Tanz, Einladungen 75 Pfennig bei den Abteilungsleitern.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten und Angestellten der Verwaltungsbehörden. Die sozialdemokratischen Beamten und Angestellten der Verwaltungsbehörden haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen mit dem Ziele, unter den oben bezeichneten Beamten und Angestelltenkategorien mit größter Energie die Werbe- und Aufklärungsarbeit aufzunehmen, auf Grund des von der Zentralarbeitsgemeinschaft für Beamten herausgegebenen Aktionsprogramms. Sämtliche bei den oben genannten Verwaltungsbehörden tätigen Parteigenossen werden angefordert, unverzüglich ihre Adresse an das Sekretariat, Bellemeistr. 7, einzufenden, um in kürzester Zeit das politische Vertrauensmännersystem auch bei den Behörden vollständig auszubauen.

Zahnkassen-Zetteln. Heute 8 Uhr: Jahrlabend bei Schwinge, Alexanderstr. 56.

Verbandsklub der Eisenbahner. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Linders Konzerthaus in Van Kow. Versammlung aller Eisenbahner, die auf den Bahnen der S. V. D. stehen.

Rednerkursus. Morgen abend, pünktlich 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstr. 31-33, Vortrag des Genossen Heller über das Erfurter Programm. Sämtliche Betriebsvertrauensleute der Eisenbahn, Post und Polizei, auch andere interessierte Genossen herzlich willkommen. Einlass nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches. Nichtmitglieder dürfen eingeführt werden.

Charlottenburg. Heute 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen: Gruppenversammlungen. Tagesordnung: Eltern, (schaff) weltliche Schulen. Gruppe 4 Lokal Schwellert, Großmüstr. 2, Gruppe 2 Lokal Demeln, Friedrich-Nach-Platz 6. Gruppe 9 Lokal Seelig, Grünstr. 9. In der 3. und 7. Gruppe wird die Gruppenversammlung in den nächsten Tagen stattfinden, in der 8. Gruppe am 22. Oktober.

Friedenau. Heute Jahrlabend in dem bekannten Bezirkslokal. **Grünwald.** Generalversammlung den 10. Oktober, 8 Uhr, bei Walter, Subertsdorferstr. 8. Rollenbericht, Bericht der Redirektoren, Neuwahl des Vorstandes, Verabschiedung. Jahrlabend beginnt 8 Uhr.

Marientorf-Süden. Heute Jahrlabend in folgenden Bezirkslokalen: 1. S. Abend bei Dahl, Nöckerstr. 21; 2. Bezirk: Koch, Chausseestr. 19. 3. Bezirk: Hülger, Chausseestr. 280; 4. Bezirk: Koch, Chausseestr. 44, Ecke Bergstraße; 5. Bezirk: Friedenstr. 6, Ecke Marienfelder Straße. — 2. Bezirk am Donnerstag bei Rexler, Ranzstr. 24, Ecke Schützenstraße. — Die Jugendaktion hat ihre Zusammenkunft für diese Woche Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Koch, Chausseestr. 44.

Lichtenberg. Heute 7 1/2 Uhr Jahrlabend in folgenden Lokalen: 1. Viertel bei Dampf, Wahnstr. 20; Schwarzer, Gabriel-Wag-Str. 17; Krüger, Krossener Straße, Ecke Gabriel-Wag-Str.; Schulz, Gröner-Str. 10. 2. Viertel bei Silber, Jungstr. 29; Schulz, Pflanzstr. 10; Zehmer, Kronprinzstr. 13; Braun, Gärtelstraße, Ecke Holsteistraße, Ecke bei Reander, Alt-Vorhagen, Ecke Holsteistraße; Köhler, Holsteistraße, Ecke Büchlerstraße; Richter, Alt-Vorhagen, Ecke Landstraße. 3. Viertel bei Friedrich, Götterstr. 17; Schilling, Kamstr. 10; Neumann, Leopoldstraße, Ecke Emanuelstraße. 4. Viertel bei Rude, Drenstr. 14; Jorisch, Siegfriedstraße 2; Janderkeit, Bürgerstr. 92; Dem, Magdalenenstr. 10. 5. Viertel bei Kurkowski, Watzstr. 74; Krüger, Normannenstr. 33; Hoffmann, Wittenborststr. 77; Heirigel, Landsberger Chaussee.

Oberkassow. Jahrlabend im 1. Bez. bei Gades, Watz-Ecke Helmholzstraße, im 2. Bez. bei Neumann, Siemens-Ecke Landstraße; der 3. u. 4. Bez. tags bei Drake, Wilhelmshof-Ecke Klarstraße.

Weidmannsdorf. Heute Jahrlabend, 7 1/2 Uhr, bei Benrich, am Bahnhof.

Frederksdorf. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Gronoslag. Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Gronoslag. Öffentliche Versammlung, Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland. Referent Gen. Hubert Wille. 2. Freie Aussprache.

Friedrichsfelde. Die für heute anberaumte Mitgliederversammlung fällt aus.

Weihensee. Heute 7 1/2 Uhr: Bezirksabende. 1. Bezirk bei Klinge, Lothringstr. 32. 2. Bezirk bei Stürte, Charlottenburger Str. 8. 3. Bezirk bei Bielefeld, Langhausstr. 62. 4. Bezirk bei Bäder, Berliner Allee, Ecke Albertstr.

Rosenfeld-Nordend. Heute 7 1/2 Uhr, bei Fr. Barth Jahrlabend. — Für Nordend bei Bäder, Blumenfelder Straße 19.

Reinickendorf-Ch. Donnerstag, 7 Uhr, im Schäfershaus, Residenzstr. 1-2. Öffentliche Volksversammlung. Genosse Rektor Brodke, Redner über: „Die weltliche Schule“.

Gagernsdorf. Heute, abends 8 Uhr, bei Gathof, Jahrlabend. Gäste willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freier Wanderbund. 12. Oktober: Treffahrt nach dem Teufelssee bei Potsdam. 1. Reubabelsberg-Dremis-Rehrüde-Teufelssee. Abfahrt 6.30 Uhr Potsdamer Fernbahnhof. 2. Wildpark-Teufelssee. Potsdam umföngeln. Abfahrt 6.30 Uhr Schölicher Bahnhof. 3. Reubabelsberg-Potsdams Umgebung (Sausfanci)-Teufelssee. Abfahrt 6.40 Uhr Bahnhof Friedrichstraße. — „Berufsgruppe Chemie“ d. Bundeslehn. Angest. und Beamter, Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, im Vahenholer Bierpalast, Friedrichstr. 131: Vortrag über „Berufsausschüsse“ und Wahl eines solchen. Chronotechniker und Chemiker willkommen.

Aus aller Welt.

Handgranaten auf die Eisenbahn! Auf Grube „Clara“ bei Weltzow warf ein vor wenigen Tagen vom Militäre entlassener junger Mann anscheinend aus verschämter Liebe auf ein Mädchen, das mit vielen anderen Personen an einem Eisenbahnwagen, aus dem Kartoffeln verteilt wurden, stand, einige Handgranaten. 6 Personen, darunter der Täter, wurden getötet, 15 schwer und 6 leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags Ihre man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Persönliche Auskünfte wird nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der juristischen Sprechstunde. Sprechst. 3. I. Hof postere heute, vor. Schriftsätze und Verträge sind mitzubringen.

Heute findet die juristische Sprechstunde von 2 bis 4 Uhr statt.

G. G. 297. Wenden Sie sich an Herrn Prof. Dr. Schleißner, Technische Hochschule, Charlottenburg. — **H. W. 1.** H. Ganshorn, Charlottenburg, Scharenstr. 37. — **H. W. 1000.** 1. Reis. 2. und 3. No. **H. G. 18.** Wenden Sie sich an Herrn Blümer, Berlin W, Bornier Straße 6.

Allen ehemaligen Schwestern der 2. und 3. Schwesternbildungsschule für Mädchen wird hierdurch mitgeteilt, das die Schwestern für Stenographie und Schreibmaschine.

Rebulet Martha Voigt
am Sonnabend, 4. Oktober, pünktlich ihrem langen Leiden erliegt ist. Sie hat fast 25 Jahre lang und tätig an unseren Schulen gearbeitet und sich durch ihr liebevolles Wesen bei allen Schwestern und Mitarbeiterinnen ein dauerndes Andenken erworben. 9000 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr, in Stahnsdorf statt. Abobst 1.37 Bahnhof Charlottenburg.

5. u. 9. Wahlfortbildungsschule für Mädchen.

Zurück: Frauenarzt **Dr. O. Schlesinger** W. Meinelstr. 15. 3-5 Uhr.

Dr. Grütering Spezialarzt. Invalidenstraße 35 Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof. 10-11, 12-13, 14-15, 16-17, 18-19, 20-21, 22-23, 24-25, 26-27, 28-29, 30-31, 32-33, 34-35, 36-37, 38-39, 40-41, 42-43, 44-45, 46-47, 48-49, 50-51, 52-53, 54-55, 56-57, 58-59, 60-61, 62-63, 64-65, 66-67, 68-69, 70-71, 72-73, 74-75, 76-77, 78-79, 80-81, 82-83, 84-85, 86-87, 88-89, 90-91, 92-93, 94-95, 96-97, 98-99, 100-101, 102-103, 104-105, 106-107, 108-109, 110-111, 112-113, 114-115, 116-117, 118-119, 120-121, 122-123, 124-125, 126-127, 128-129, 130-131, 132-133, 134-135, 136-137, 138-139, 140-141, 142-143, 144-145, 146-147, 148-149, 150-151, 152-153, 154-155, 156-157, 158-159, 160-161, 162-163, 164-165, 166-167, 168-169, 170-171, 172-173, 174-175, 176-177, 178-179, 180-181, 182-183, 184-185, 186-187, 188-189, 190-191, 192-193, 194-195, 196-197, 198-199, 200-201, 202-203, 204-205, 206-207, 208-209, 210-211, 212-213, 214-215, 216-217, 218-219, 220-221, 222-223, 224-225, 226-227, 228-229, 230-231, 232-233, 234-235, 236-237, 238-239, 240-241, 242-243, 244-245, 246-247, 248-249, 250-251, 252-253, 254-255, 256-257, 258-259, 260-261, 262-263, 264-265, 266-267, 268-269, 270-271, 272-273, 274-275, 276-277, 278-279, 280-281, 282-283, 284-285, 286-287, 288-289, 290-291, 292-293, 294-295, 296-297, 298-299, 300-301, 302-303, 304-305, 306-307, 308-309, 310-311, 312-313, 314-315, 316-317, 318-319, 320-321, 322-323, 324-325, 326-327, 328-329, 330-331, 332-333, 334-335, 336-337, 338-339, 340-341, 342-343, 344-345, 346-347, 348-349, 350-351, 352-353, 354-355, 356-357, 358-359, 360-361, 362-363, 364-365, 366-367, 368-369, 370-371, 372-373, 374-375, 376-377, 378-379, 380-381, 382-383, 384-385, 386-387, 388-389, 390-391, 392-393, 394-395, 396-397, 398-399, 400-401, 402-403, 404-405, 406-407, 408-409, 410-411, 412-413, 414-415, 416-417, 418-419, 420-421, 422-423, 424-425, 426-427, 428-429, 430-431, 432-433, 434-435, 436-437, 438-439, 440-441, 442-443, 444-445, 446-447, 448-449, 450-451, 452-453, 454-455, 456-457, 458-459, 460-461, 462-463, 464-465, 466-467, 468-469, 470-471, 472-473, 474-475, 476-477, 478-479, 480-481, 482-483, 484-485, 486-487, 488-489, 490-491, 492-493, 494-495, 496-497, 498-499, 500-501, 502-503, 504-505, 506-507, 508-509, 510-511, 512-513, 514-515, 516-517, 518-519, 520-521, 522-523, 524-525, 526-527, 528-529, 530-531, 532-533, 534-535, 536-537, 538-539, 540-541, 542-543, 544-545, 546-547, 548-549, 550-551, 552-553, 554-555, 556-557, 558-559, 560-561, 562-563, 564-565, 566-567, 568-569, 570-571, 572-573, 574-575, 576-577, 578-579, 580-581, 582-583, 584-585, 586-587, 588-589, 590-591, 592-593, 594-595, 596-597, 598-599, 600-601, 602-603, 604-605, 606-607, 608-609, 610-611, 612-613, 614-615, 616-617, 618-619, 620-621, 622-623, 624-625, 626-627, 628-629, 630-631, 632-633, 634-635, 636-637, 638-639, 640-641, 642-643, 644-645, 646-647, 648-649, 650-651, 652-653, 654-655, 656-657, 658-659, 660-661, 662-663, 664-665, 666-667, 668-669, 670-671, 672-673, 674-675, 676-677, 678-679, 680-681, 682-683, 684-685, 686-687, 688-689, 690-691, 692-693, 694-695, 696-697, 698-699, 700-701, 702-703, 704-705, 706-707, 708-709, 710-711, 712-713, 714-715, 716-717, 718-719, 720-721, 722-723, 724-725, 726-727, 728-729, 730-731, 732-733, 734-735, 736-737, 738-739, 740-741, 742-743, 744-745, 746-747, 748-749, 750-751, 752-753, 754-755, 756-757, 758-759, 760-761, 762-763, 764-765, 766-767, 768-769, 770-771, 772-773, 774-775, 776-777, 778-779, 780-781, 782-783, 784-785, 786-787, 788-789, 790-791, 792-793, 794-795, 796-797, 798-799, 800-801, 802-803, 804-805, 806-807, 808-809, 810-811, 812-813, 814-815, 816-817, 818-819, 820-821, 822-823, 824-825, 826-827, 828-829, 830-831, 832-833, 834-835, 836-837, 838-839, 840-841, 842-843, 844-845, 846-847, 848-849, 850-851, 852-853, 854-855, 856-857, 858-859, 860-861, 862-863, 864-865, 866-867, 868-869, 870-871, 872-873, 874-875, 876-877, 878-879, 880-881, 882-883, 884-885, 886-887, 888-889, 890-891, 892-893, 894-895, 896-897, 898-899, 900-901, 902-903, 904-905, 906-907, 908-909, 910-911, 912-913, 914-915, 916-917, 918-919, 920-921, 922-923, 924-925, 926-927, 928-929, 930-931, 932-933, 934-935, 936-937, 938-939, 940-941, 942-943, 944-945, 946-947, 948-949, 950-951, 952-953, 954-955, 956-957, 958-959, 960-961, 962-963, 964-965, 966-967, 968-969, 970-971, 972-973, 974-975, 976-977, 978-979, 980-981, 982-983, 984-985, 986-987, 988-989, 990-991, 992-993, 994-995, 996-997, 998-999, 1000-1001, 1002-1003, 1004-1005, 1006-1007, 1008-1009, 1010-1011, 1012-1013, 1014-1015, 1016-1017, 1018-1019, 1020-1021, 1022-1023, 1024-1025, 1026-1027, 1028-1029, 1030-1031, 1032-1033, 1034-1035, 1036-1037, 1038-1039, 1040-1041, 1042-1043, 1044-1045, 1046-1047, 1048-1049, 1050-1051, 1052-1053, 1054-1055, 1056-1057, 1058-1059, 1060-1061, 1062-1063, 1064-1065, 1066-1067, 1068-1069, 1070-1071, 1072-1073, 1074-1075, 1076-1077, 1078-1079, 1080-1081, 1082-1083, 1084-1085, 1086-1087, 1088-1089, 1090-1091, 1092-1093, 1094-1095, 1096-1097, 1098-1099, 1100-1101, 1102-1103, 1104-1105, 1106-1107, 1108-1109, 1110-1111, 1112-1113, 1114-1115, 1116-1117, 1118-1119, 1120-1121, 1122-1123, 1124-1125, 1126-1127, 1128-1129, 1130-1131, 1132-1133, 1134-1135, 1136-1137, 1138-1139, 1140-1141, 1142-1143, 1144-1145, 1146-1147, 1148-1149, 1150-1151, 1152-1153, 1154-1155, 1156-1157, 1158-1159, 1160-1161, 1162-1163, 1164-1165, 1166-1167, 1168-1169, 1170-1171, 1172-1173, 1174-1175, 1176-1177, 1178-1179, 1180-1181, 1182-1183, 1184-1185, 1186-1187, 1188-1189, 1190-1191, 1192-1193, 1194-1195, 1196-1197, 1198-1199, 1200-1201, 1202-1203, 1204-1205, 1206-1207, 1208-1209, 1210-1211, 1212-1213, 1214-1215, 1216-1217, 1218-1219, 1220-1221, 1222-1223, 1224-1225, 1226-1227, 1228-1229, 1230-1231, 1232-1233, 1234-1235, 1236-1237, 1238-1239, 1240-1241, 1242-1243, 1244-1245, 1246-1247, 1248-1249, 1250-1251, 1252-1253, 1254-1255, 1256-1257, 1258-1259, 1260-1261, 1262-1263, 1264-1265, 1266-1267, 1268-1269, 1270-1271, 1272-1273, 1274-1275, 1276-1277, 1278-1279, 1280-1281, 1282-1283, 1284-1285, 1286-1287, 1288-1289, 1290-1291, 1292-1293, 1294-1295, 1296-1297, 1298-1299, 1300-1301, 1302-1303, 1304-1305, 1306-1307, 1308-1309, 1310-1311, 1312-1313, 1314-1315, 1316-1317, 1318-1319, 1320-1321, 1322-1323, 1324-1325, 1326-1327, 1328-1329, 1330-1331, 1332-1333, 1334-1335, 1336-1337, 1338-1339, 1340-1341, 1342-1343, 1344-1345, 1346-1347, 1348-1349, 1350-1351, 1352-1353, 1354-1355, 1356-1357, 1358-1359, 1360-1361, 1362-1363, 1364-1365, 1366-1367, 1368-1369, 1370-1371, 1372-1373, 1374-1375, 1376-1377, 1378-1379, 1380-1381, 1382-1383, 1384-1385, 1386-1387, 1388-1389, 1390-1391, 1392-1393, 1394-1395, 1396-1397, 1398-1399, 1400-1401, 1402-1403, 1404-1405, 1406-1407, 1408-1409, 1410-1411, 1412-1413, 1414-1415, 1416-1417, 1418-1419, 1420-1421, 1422-1423, 1424-1425, 1426-1427, 1428-1429, 1430-1431, 1432-1433, 1434-1435, 1436-1437, 1438-1439, 1440-1441, 1442-1443, 1444-1445, 1446-1447, 1448-1449, 1450-1451, 1452-1453, 1454-1455, 1456-1457, 1458-1459, 1460-1461, 1462-1463, 1464-1465, 1466-1467, 1468-1469, 1470-1471, 1472-1473, 1474-1475, 1476-1477, 1478-1479, 1480-1481, 1482-1483, 1484-1485, 1486-1487, 1488-1489, 1490-1491, 1492-1493, 1494-1495, 1496-1497, 1498-1499, 1500-1501, 1502-1503, 1504-1505, 1506-1507, 1508-1509, 1510-1511, 1512-1513, 1514-1515, 1516-1517, 1518-1519, 1520-1521, 1522-1523, 1524-1525, 1526-1527, 1528-1529, 1530-1531, 1532-1533, 1534-1535, 1536-1537, 1538-1539, 1540-1541, 1542-1543, 1544-1545, 1546-1547, 1548-1549, 1550-1551, 1552-1553, 1554-1555, 1556-1557, 1558-1559, 1560-1561, 1562-1563, 1564-1565, 1566-1567, 1568-1569, 1570-1571, 1572-1573, 1574-1575, 1576-1577, 1578-1579, 1580-1581, 1582-1583, 1584-1585, 1586-1587, 1588-1589, 1590-1591, 1592-1593, 1594-1595, 1596-1597, 1598-1599, 1600-1601, 1602-1603, 1604-1605, 1606-1607, 1608-1609, 1610-1611, 1612-1613, 1614-1615, 1616-1617, 1618-1619, 1620-1621, 1622-1623, 1624-1625, 1626-1627, 1628-1629, 1630-1631, 1632-1633, 1634-1635, 1636-1637, 1638-1639, 1640-1641, 1642-1643, 1644-1645, 1646-1647, 1648-1649, 1650-1651, 1652-1653, 1654-1655, 1656-1657, 1658-1659, 1660-1661, 1662-1663, 1664-1665, 1666-1667, 1668-1669, 1670-1671, 1672-1673, 1674-1675, 1676-1677, 1678-1679, 1680-1681, 1682-1683, 1684-1685, 1686-1687, 1688-1689, 1690-1691, 1692-1693, 1694-1695, 1696-1697, 1698-1699, 1700-1701, 1702-1703, 1704-1705, 1706-1707, 1708-1709, 1710-1711, 1712-1713, 1714-1715, 1716-1717, 1718-1719, 1720-1721, 1722-1723, 1724-1725, 1726-1727, 1728-1729, 1730-1731, 1732-1733, 1734-1735, 1736-1737, 1738-1739, 1740-1741, 1742-1743, 1744-1745, 1746-1747, 1748-1749, 1750-1751, 1752-1753, 1754-1755, 17

Konflikt zwischen U. S. P. und K. P. D.

Bei der Stellungnahme zu der Frage „Gewerkschaften oder Betriebsorganisation“ ist es in der gestrigen Vollversammlung der Groß-Verfasser Arbeiterkräfte zwischen der U. S. P. und der K. P. D. zu einem ersten Konflikt gekommen. Als u. a. der Unabhängige Eckert im Sinne der U. S. P.-Resolution sprach und dabei erwähnte, daß bei den Hansa-Block-Verträgen seitens der Verfasser des Betriebsorganisationsgedankens gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitsschlagen Terror geübt werde, erhob sich großer Lärm auf der Tribüne. Heinen (K. P. D.) vom Volksgutrat übte eine „vernehmliche“ Kritik an den Gewerkschaften. Dem Redner trat Däumig entgegen. Er bezeichnete die Parole der Kommunisten „Heraus aus den Gewerkschaften“ als völlig verfehlt und betonte, daß man durch eine rein mechanische Gegenorganisation niemals die Gewerkschaften aus der Welt schaffen könne. Der Ruf der K. P. D. zur Gründung von Betriebsorganisationen werde immer nur von einem Teile der Arbeiterschaft befolgt werden, während die große Masse bei den Gewerkschaften verbleiben würde, zumal diese in ihren Unterhaltungs-Einrichtungen ein wirksames Rodmittel besäßen. Der einzige Weg vorwärts zu kommen, sei die Umgestaltung der Gewerkschaften im revolutionären Sinne, insbesondere

• durch zweckentsprechende Besetzung der Führerstellen.

Diese Umgestaltung werde zweifellos eher erreichbar sein, bevor die von der K. P. D. erstrebte Betriebsorganisation in Wirksamkeit treten könne. Däumig trat schließlich dafür ein, daß diese nicht völlig geklärte Frage die revolutionäre Einheitsfront auf keinen Fall stören dürfe und beklammerte deshalb warm den Vermittlungsvorschlag der U. S. P. Der Kommunist Günther bekämpfte die Überwindung in schärfster Weise. Wobei die revolutionäre Arbeiterschaft sich ein gutes Kampfmittel schaffen, dann müsse sie die Gewerkschaften zertrümmern und auf deren Trümmern ein neues Gebäude errichten. Nur die in diesem Kampf gegen den Kapitalismus entstehenden Betriebsorganisationen seien die gegebene Bilanz gegen Kapitalismus und Reaktion. Günther lehnte auch ein Rückstufen, das sich auf die Gewerkschaften stützen müsse, rundweg ab. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte durch die Mehrheit angenommen worden war, kam es zur Abstimmung über die Anträge, wobei derjenige der K. P. D. auf Aufhebung aller Beschlüsse, die die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation fordern, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Entschiedenheit der U. S. P., die die Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen propagiert, aber festsetzt, daß die Frage „Gewerkschaft oder Betriebsorganisation“ keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes bilden darf, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Abstimmung rief bei den Kommunisten stürmischen Widerspruch und Unruhe hervor. Obwohl sich Müller darauf hinwies, daß der Antrag seiner Partei auch den Bedenken der Kommunisten Rechnung trage, da ausdrücklich festgelegt sei, daß unzulässige Mittel bei der Bekämpfung der Betriebsorganisation nicht angewendet werden dürfen, erklärten die Kommunisten Günther, Heinen und Seewalter unter dem stürmischen Beifall ihrer Parteifreunde, daß für die kommunistische Fraktion diese Abstimmung tief einschneidende Bedeutung haben werde und daß eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich erscheine.

Ein großer Teil der Kommunisten verließ darauf die Versammlung. Reich (K. P. D.) hobte mit seiner dringenden Aufforderung an seine Parteigenossen, bis zum Schluß der Versammlung auszuhalten, nur teilweise Erfolg. Er erklärte dann zwar, daß die K. P. D.-Fraktion erst offiziell zu der Abstimmung Stellung nehmen müsse, fügte aber hinzu, daß, wenn nicht der Beschluß rückgängig gemacht resp. dem Verlangen der K. P. D. entsprochen werde, die Trennung zwischen U. S. P. und K. P. D. nicht zu umgehen sein würde.

Uebertritt der Eisernen Division.

Nachdem die Befehle der Reichsregierung über die Räumung des Baltikums an die dortigen Truppen gelangt sein konnten, haben die in Kurland stehenden Freikorps einen Aufruf erlassen, in dem sie lagen, obwohl sie als Soldaten an militärischen Gehorsam gewöhnt sind, ihr Gewissen doch höher sehen müsse.

„Das Gewissen, das uns ermahnt, die Grenze unseres Vaterlandes zu schützen vor dem Unfassbaren, das der Durchbruch bolschewistischer Horden für unser Volk bringen würde, das Gewissen, das uns aufruft zur Befreiung der Menschheit von den unfassbaren Folgen des russischen Bolschewismus.“

Wenn es das Vaterland über sich bringen sollte, uns zu verlassen, wenn es die Staatsräuber anderer Nationen verantworten sollten, und preisgeben, dann gut, dann sind wir eben doch die letzten, die aus dem großen Krieg, der die Welt und ihre Moral zerstört hat, ihr Pflicht- und Ehregefühl der Menschlichkeit gegenüber gerettet haben.“

Man hatte in Deutschland die Ueberzeugung, daß das Befehlswort der Räumungsbefehle der Reichsregierung und die im Weigerungsfalle angedrohten Zwangsmaßnahmen eine Sinnesänderung bei den Truppen herbeiführen würde. Das war ein Irrtum, wie der folgende am Sonntag in Mitau veröffentlichte Aufruf der Eisernen Division beweist:

Soldaten der Eisernen Division!

Die Entente hat der deutschen Regierung gedroht, die Wladimir über Deutschland wieder zu verhängen, wenn ihr Land nicht räumt. Die Regierung ruft Euch an: „Legt die Waffen nieder!“, genau wie im November 1918. Wie Ihr damals betrogen worden seid, soll Ihr jetzt wieder betrogen werden.

Ihr habt im April vor mir gegen den Schmach- und Verleumdungsartikel Eure Stimme erhoben. Jetzt aber sollt Ihr, daß der Friede nicht nur wirtschaftliche und politische, sondern auch die körperliche Vernichtung des deutschen Volkes bezweckt. Laßt Euch von diesen Friedensverträgen und keiner ist durchführbar! Keiner! Die Entente wird, so wie sie sich heute auf den Paragrafen 222 beruft, morgen einen anderen zum Vorwand nehmen, um das deutsche Volk zu erdrosseln. Darum darf uns auch diese Drohung der Entente nicht schrecken. Unser Nachgeben würde der Heimat doch nichts helfen. In wenigen Tagen würde dasselbe Spiel beginnen. Alles, was die Entente sagt, ist Lüge. Nur da liegt sie nicht, wo sie offen ausspricht, daß sie die Ausrottung des deutschen Volkes, mit allen Mitteln, mit den unmoralischsten, anstrebt.

Im April hat mich die amerikanische Militärkommission hier in Mitau nahegelegt, die Eisernen Division möge nachgeben. Damals war der Friede bereits festgelegt, wenn auch noch nicht ratifiziert. Ich frage die ganze Welt, soweit sie überhaupt noch einen Funken von Moral in sich hat, der nicht von der Lüge erblindet ist, ob da noch die Entente ein Recht hat, uns gegenüber den § 222 des Friedensvertrages anzuwenden, trotzdem wir sie

es. So wollen wir ihr auch das förmliche Recht nehmen, gegen unsere Regierung und unsere Heimat um unserwilligen Gewalt anzuwenden. Wir wollen das von uns und nur von uns eroberte Land unter russischer Flagge stellen. Wir wollen den Russen helfen, ihre Heimat von der Geißel der Menschheit zu befreien. Ihr wißt, daß ich deutsch bin und deutsch bleibe bis zum letzten Blutstropfen, so werdet Ihr mir glauben, daß Ihr mir auch auf diesem Wege unbedenklich folgen könnt, daß ich auch hier für Deutschland arbeiten will, indem ich unseren Freunden helfe.

An der Spitze des Korps Graf Keller wollen wir unser Recht verteidigen, und wenn es sein muß, noch einmal erkämpfen. Wird die Entente und auch noch da hindern, so sucht sie nur einen Vorwand, um das deutsche Volk zu treffen. Darum bleibt fest, Soldaten der Eisernen Division! Und wenn der Engländer Ketten und Pfoten auf uns legt, dann wollen wir zeigen, daß wir unseren Namen mit Recht tragen.

Bischoff, Kommandeur der Eisernen Division.

Es darf kein Zweifel bestehen, daß wir es hier nicht mit einer leeren Drohung zu tun haben. Mit dem Uebertritt in die russische Armee muß gerechnet werden. Damit wird Deutschland der Entente gegenüber in die schwierigste Lage gedrängt. Verschärft wird diese Situation noch durch die gewissenlose Art der Behandlung dieser Angelegenheit durch die alldeutsche Presse.

Die Entente halte von Deutschland in ihrem letzten merkwürdig unpolitischen Ultimatum verlangt, daß es die in russischen Diensten stehenden Soldaten zurückbringt. Ein Verlangen, für das wir keinerlei Nachmittel haben.

Die Situation im Baltikum ist derart, daß nur äußerster Vorsicht verhindern kann, daß Deutschlands Lage noch um vieles verschlimmert wird.

Das Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

Wie im Ausland, so werden auch im Inland die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik ebenso sehr wie die tatsächliche Wirtschaftslage Deutschlands verkannt. Um den irrigen Anschauungen entgegenzutreten, hat Unterstaatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium vor Vertretern der Presse eine Rede gehalten, die in vielen Punkten eine Ergänzung der Ausführungen Robert Schmidts vor dem Hamburger Großhandel bildet. An anderer Stelle bringen wir einiges aus dem Bericht über die Wirtschaftslage. Wichtiger sind hier die grundsätzlichen Ausführungen, die das Programm des Reichswirtschaftsministeriums kennzeichnen.

Hirsch stellte fest, daß man keinesfalls daran denke, die planlose Wirtschaft wieder einzuführen. Aber auch das sogenannte Planwirtschaftsprogramm wird abgelehnt und an seine Stelle als Endziel die planmäßige Wirtschaft nach den Erfordernissen der neuesten Wirtschaftsentwicklung gesetzt. Also ein Programm der praktischen Notwendigkeiten, das aber schon Ansätze zu organisatorischer Weiterbildung in sich trägt. Die Verschärfung der Machtverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter, die veränderte Lage des Arbeitsmarktes hat der heutigen Wirtschaft Tendenzen aufgeprägt, die dem Sozialismus entgegensteht gerichtet sind: Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe, Dezentralisierung in Handel und Industrie. Die Zusammenfassung der Industrie kann deshalb nicht künstlich geschaffen werden, sie muß aus praktischen Notwendigkeiten heraus entstehen, so wie auch jetzt schon Arbeitnehmer und Arbeiter zusammenkommen, Arbeitsgemeinschaften sich bilden und erstarren ohne äußeres Zutun. Wendet sich so das Programm des Reichswirtschaftsministeriums gegen die als „Gemeinwirtschaft“ bekannten Forderungen des Sozialismus, so macht es andererseits ganz wesentliche Zugeständnisse an dessen Grundanschauungen unter einem anderen Namen, der lautet: „Verbraucher-Sozialismus“. Da nämlich bei den heutigen, oft unter Mithilfe der Arbeiter festgesetzten Preisveränderungen vielfach der letzte Verbraucher leidet, sind u. a. folgende Maßnahmen notwendig: Verschärfte Überwachung der Preisbildung, Kontrolle der Preispolitik der wirtschaftlichen Verbände (die Schmidt früher abgelehnt hat), Vorforsorgepolitik für die minderbemittelten Volksschichten, ferner auch eine zentrale Regelung der Lohnentwicklung, zugleich mit der Preisregelung, Förderung des Genossenschaftswesens zur Erzielung einer gerechten Verteilung, gegebenenfalls Sozialisierung und Nationalisierung, wo die Verteilung versagt, schließlich auch Bekämpfung des Schleichhandels unter Mithilfe der Arbeiter, an der die Unabhängigen ihre Teilnahme abgelehnt haben.

Die Sozialisierung kann bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden. Sie kommt in Frage, wo wichtige Rohstoffe für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind, wo ein privates Monopol den Übergang in Staatsbesitz erleichtert, wo sich Industrien dem notwendigen Umgruppieren nicht fügen wollen oder wo ein Reichsmonopol für die Reichsfinanzen erwünscht ist. In den beiden letzteren Fällen wird also das Interesse der Staatsverwaltung oder der Staatsfinanzen in den Vordergrund getreten. Die Sozialisierung ist so gedacht, daß der Besitz an Produktionsmitteln vom Reich wirklich übernommen wird. Die sozialisierten Betriebe sollen jedoch eine freie Form erhalten, in der die Betriebsdemokratie richtig ausgebildet ist. Die lebendigen Beamten sollen durch ihre Entlohnung am Betriebe interessiert werden.

Hier wäre die Frage am Platze, ob man auch daran denke, die bisher verstaatlichten oder „verreichlichten“ Betriebe in dieser Weise auszubauen. Ehe das erfolgt ist, wird man nicht sagen können, ob die geplante Uebernahme der Produktionsmittel auf das Reich trotz der Betriebsdemokratie und der Zantimenen an Beamten nicht auf eine Disziplinierung hinausläuft, gegen die sich die Arbeiterschaft mit Recht sträubt.

Sicher aber bedeutet die Festlegung dieser Richtlinien bereits einen wesentlichen Fortschritt in der Politik des Reichswirtschaftsministeriums. Von einer „planlosen“ Wirtschaft kann in Zukunft kaum mehr die Rede sein. Gemeinwirtschaftliche Praktiken schälen sich auch aus dieser Politik der Notwendigkeiten heraus. Wenn Unterstaatssekretär Hirsch eine genaue Kontingentierung der Einfuhr als erwünscht bezeichnete und von der Notwendigkeit einer Einfuhrpolitik der Industrieverbände als Wahrscheinlichkeit der Zukunft sprach, so klingen und diese Töne bekannt. Die praktischen Notwendigkeiten lassen die sozialen Gegensätze zwischen Mittel und Schicht verschwinden. Das fördert das Zusammenwirken aller Kräfte im Wiederaufbau, nachdem der tiefste Punkt der Produktionskrise als überwunden gelten kann.

Kleine politische Nachrichten.

Die Räumung Schleswig-Holsteins von deutschen Truppen und Behörden hat, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, gemäß des § 109 des Versailler Vertrages in der ersten und zweiten Zone spätestens am 25. Oktober beendet zu sein. Die Abkündigung der ersten Zone wird spätestens am 15. November erfolgen.

Ein Protest gegen die Verschleppung Deutscher vom rechten Rheinufer in elende belgische Arrete und ihre Beurteilungen ist dem Vorsitzenden der Belgischen Waffenstillstandskommission übergeben worden.

Der Ausschuss für das Betriebsrätegesetz nahm auf Antrag Legien (Soz.) folgende Erklärung an: Für die öffentlichen Betriebe und die Betriebe des Reichs sowie für öffentlich-rechtliche Körperlichkeiten kann durch Verordnung der Reichsregierung, für die sonstigen öffentlichen Betriebe durch Verordnung der Landesregierungen bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter oder Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu erachten sind. Zum Begriff „Angestellte“ lagen Anträge vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) vor. Nach eingehender Aussprache beschloß der Ausschuss folgende Fassung: „Nicht als Angestellte im Sinne dieses Gesetzes gelten die Vorstände oder Vertretungsberechtigten Mitglieder von juristischen Personen und Personengesellschaften des öffentlichen und privaten Rechts, ferner die selbständigen Geschäftsführer und selbständige Betriebsleiter, soweit sie zur Einstellung oder Entlassung aller übrigen im Betrieb oder in Betriebsabteilungen, für die ein Arbeitsratbesteht, bestellt, beschäftigten Arbeitnehmer berechtigt sind oder soweit ihnen Profuta oder Generalvollmacht erteilt ist.“

Im Reichshauswirtschaftsausschuss wurde der Postetat erledigt, nachdem ein Regierungsvorsteher nochmals Verbesserung der Rikstände im Fernsprechwesen zugelassen hatte.

Der Ausschuss für das Reichswirtschaftsministerium nahm einen Antrag (Dem.) an, wonach zum gewerblichen Betriebsvermögen für die Steuerberechnung auch Warenvorräte gerechnet werden. Nach § 21 werden 5000 M. nicht angesetzt. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach weitere 5000 M. steuerfrei bleiben, soweit das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen ist.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß sich in seiner gestrigen Sitzung, die unmittelbar nach dem Plenum stattfand, mit der Beantwortung der beiden kleinen Anfragen, die der Abgeordnete v. Gräfe (Dnalk. Sp.) über den Zoll Mannheim und der Abgeordnete Kieker (D. Sp.) über die Rede des Abgeordneten Scheidemann in Kassel gestellt hat.

Dr. Clementeau. In seiner letzten Rede hatte Clementeau mit großartiger Schienlergeste Schwedens Dank an die Alliierten für die Kländerscheitler gefordert. Jetzt teilt er zur Verhütung Finnlands mit, daß die Entente noch gar nichts darüber beschlossen hat.

Der deutsch-nationale Auslandler. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst immer über Einmischung „Landesverder Clemente“ in die Politik läßt, läßt sich von einem Ausländer einen wüsten Schimpfartikel gegen Scheidemann schreiben. Der Artikel beweist, daß dieser Ausländer allerdings keine Ahnung von den Dingen in Deutschland und von den Gesinnungen des deutschen Volkes hat, sonst würde er wohl nicht so alberne Sätze schreiben wie die, daß die Sozialisten sich fürchtbar zu veranmaßen haben würden, wenn das deutsche Volk wieder einmal die Herrschaft über sich übernehmen würde. Am 19. Januar 1919 hat das deutsche Volk die Herrschaft über sich in größter Freiheit ausgeübt, und der aufgegriffene Ausländer, der wenigstens durch seine Anwesenheit einen Namen verdient, kann wohl nur an Zustände denken, wo das deutsche Volk diese Herrschaft über sich wieder verliert. Im übrigen kann sich das deutsche Volk die amnestierenden Beschlüsse eines Menschen mit Frau verbiten, der mit jedem Satz völlige Unkenntnis der deutschen Verhältnisse verrät.

Befreiung der französischen Kammerwahlen. Laut einer Pariser Havasmeldung sollen die Kammerwahlen, die ursprünglich auf den 6. November festgesetzt waren, auf den 16. November verschoben worden sein. Vor den Wahlen wird Clementeau eine Propagandareise durch einige Städte des Südwestens unternehmen.

Wirtschaft.

Zur Wirtschaftslage.

In seiner großen Rede hat der Reichsminister Bauer auch zu den wichtigsten Wirtschaftspragen Stellung genommen. Er wies darauf hin, daß die Förderung und die durchschnittliche Arbeitsleistung in den Kohlenrevieren seit Juli im Anwachsen ist. Allerdings sei die Produktion längst nicht auf der Höhe, insbesondere noch nicht in der Exportindustrie, deren Wiedereinsetzen allein genügend wertvolle Zahlungsmittel gibt und damit aus den Zahlungsmitteln hilft.

Der Abtransport der Kohle allerdings liegt noch völlig im argen. Wirklich kann er nur gesteigert werden durch eine erhöhte Leistung der Eisenbahnwerkstätten. Im Ruhrrevier können noch 55 000 neue Arbeiter eingestellt werden, wovon heute schon 20 000 ohne Schwierigkeiten aufzubringen untergebracht werden könnten. Für die übrigen muß noch ein großartiges Programm erst undertaken geschaffen werden, ohne daß man, wie einst beim Hindenburg-Programm, Schiebern und Wucherern Vorschub leistet und die Arbeiter an Leib und Seele zermürdet.

Auch Unterstaatssekretär Hirsch beauftragte in seiner Rede vor Vertretern der Presse die Wirtschaftslage. Danach ist für die Eisenbahnreviere bereits ein Paradenbau organisiert worden. Im Braunkohlenbergbau, wo ohnehin schon Produktionssteigerungen auch in den Zerkleinerungsrevieren erzielt werden, sollen neue Felder erschlossen werden. Vornehmend ist die Festlegung des Unterstaatssekretärs, daß alle Arbeitsschichten der wichtigsten Industrien ihr Arbeitsergebnis geteilt haben, nur bei den Arbeitern der Eisenbahnbetriebe, die das Schicksal des deutschen Volkes in den nächsten Monaten in den Händen haben, ist das noch nicht der Fall.

Unterstaatssekretär Hirsch trat in seiner Rede den irrthümlichen Auffassungen entgegen, die das Ausland von unserer Wirtschaft hat. Diese befindet sich tatsächlich im Zustande fortschreitender Besserung, während man im Ausland die Dinge zu schwarz sieht. Unbedingt erforderlich ist allerdings zu einer dauernden Geländung der deutschen Wirtschaft, daß das Loch im Westen geschlossen wird und daß die bisher noch lebenden Rohstoffkredite gewährt werden. Als Land der Bergbauindustrie ist Deutschland auf den Austausch von Ware gegen Arbeit, also Rohstoffe und Lebensmittel gegen Fertigfabrikate, im höchsten Grade angewiesen.

Die Transportkrise.

Die Verkehrsfrage im Ruhrrevier erfährt in der vergangenen Woche eine allgemeine weitere Verschlechterung. Die Transportleistung ging merklich auf 12 200 Wagen herab, während die Reichsleistung auf 42 200 Wagen. Die Abfertigung erhöhte sich um 15 500 auf 14 000 Tonnen, der Umschlag der Kanalschiffe von 23 400 auf 17 200 Tonnen täglich.

Die Brennstoffversorgung.

Zur Bänderung der Brennstoffnot, die durch die Kohlenkrise noch besonders verschärft ist, hat das Reichswirtschaftsministerium in großem Umfang die Beschaffung von Petroleum und Benzin unternommen. Schon im nächsten Monat wird vier bis fünfmal so viel Petroleum zur Verfügung stehen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bis Ende Januar sind Abschlässe auf 140 000 Tonnen Petroleum und Benzin geplant, worunter sich auch Öl und Benzin für Motoren befinden. Von den beabsichtigten Einräumungen des Autovorkaufs soll gleichwohl nicht abgesehen werden, solange nicht genügend Benzin für die Industrie vorhanden ist.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Metallindustrie

nach den Mitteilungen der Streikleitung am gestrigen Montag weitere Ausdehnung gewonnen. Es sind 17 Firmen in den Lohnkampf getreten; die Zahl der Streikenden ist auf 2850 erhöht. Eine aus Mitgliedern der Streikleitungen und der Fünfzehnerkommission zusammengesetzte Kommission hat den Auftrag erhalten, sich gegen die Truppenzusammenschließung — besonders in Siemensstadt und Oberschneeweide — an den Polizeipräsidenten und an das Oberkommando zu wenden. Der Bericht dieser Kommission soll in der am heutigen Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gegeben werden.

Der Streikleitung sind von der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker und von den Angestellten des Rudolf-Wirchow-Krankenhauses Kundgebungen zugegangen, in denen den streikenden Metallarbeitern die warmste Sympathie für einen guten Ausgang der Bewegung ausgesprochen wird.

Ein Vergleichsvorschlag.

Von einem erfahrenen Gewerkschaftsführer wird uns folgendes geschrieben:

Der die Entwicklung der Differenz in der Metallindustrie von seinem Beginn an aufmerksam verfolgt hat, konnte beobachten, daß die streikenden Parteien im Laufe der Bewegung, anstatt sich näher zu kommen, immer weiter auseinander geraten sind, so daß es fast unmöglich erscheint, in absehbarer Zeit zur Verständigung zu kommen.

Darauf dies zurückzuführen ist und welcher der beiden streikenden Teile an dieser bedauerlichen Erscheinung mehr Schuld hat, kann zunächst dahingestellt bleiben. Betrachtungen darüber anzustellen, ist im Augenblick nicht am Platze. Weit wichtiger ist die Erörterung der Frage, was kann geschehen, um möglichst bald diese, das gesamte Erwerbsleben so schwer schädigende Differenz aus der Welt zu schaffen.

Wie stehen die Dinge? Die Arbeitgeber sind mit dem Vorschlag des Arbeitsministeriums, den Schiedspruch vom 21. August für aufzunehmende Verhandlungen als Grundlage zu nehmen, einverstanden. Die Arbeitnehmer haben diesen Vorschlag abgelehnt. Sie wollen ohne an etwas gebunden zu sein verhandeln.

Auch der Vorschlag des Arbeitsministeriums, sich über einen unparteiischen Vorsitzenden zu verständigen, ist von den Arbeitnehmern abgelehnt worden, während die Arbeitgeber auf die Verhandlungsort, wie sie von Arbeitnehmerseite vorgeschlagen wird, nicht eingehen wollen.

Unter diesen Umständen ist es schwierig, zu einer Verständigung zu kommen; es müßten, ehe die eigentlichen Verhandlungen beginnen können, eine Reihe von Vorfragen erledigt werden, die sicher geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die bei den Verhandlungen erforderliche Ruhe und Sachlichkeit wird indessen sicher auf beiden Seiten gefördert durch die Verbotsfrist, die bei beiden Teilen angehängt der großen Zahl von Streikenden vorhanden ist.

Um dieses störende Element aus der Welt zu schaffen und Verhandlungen in aller Ruhe zu ermöglichen, empfiehlt es sich, daß die beiden Parteien dahin übereinkommen, daß auf der ganzen Linie zunächst einmal die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Arbeitsaufnahme wird zu einem bestimmten Termin vereinbart, und ebenso wird ein bestimmter Termin für den Beginn der Verhandlungen festgesetzt.

Dabei haben dann beide Parteien vollständig freie Hand. Die Arbeitnehmer können sich entscheiden, ob sie überhaupt einen Tarifvertrag wollen und unter welchen Bedingungen, und die Arbeitgeber haben gleichfalls vollständig freies Entscheidungsrecht, ob und unter welchen Bedingungen sie sich mit den Arbeitern in ein Vertragsverhältnis einlassen wollen.

Das für und Wider in allen Fragen kann dann in aller Ruhe erörtert werden und es braucht bei keiner Partei eine nervöse Ueberhaltung die ruhige Beratung stören, ja es kann sogar in aller Ruhe die Vorfrage erledigt werden, ob die Parteien mit oder ohne einen unparteiischen Vorsitzenden verhandeln wollen.

Dieser Vorschlag ist meines Erachtens sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer annehmbar und bringt für keine der Parteien das Gefühl des Sieges oder der Niederlage.

Vielleicht beachtet das Arbeitsministerium diesen Vorschlag und fordert die Parteien auf sich hierzu zu äußern. Das müßte aber unseres Erachtens möglichst bald geschehen, um die durch den ganzen Kampf verursachte Störung unseres Wirtschaftslebens möglichst bald zu beheben.

Schiedspruch für die Handelsarbeiter im Einzelhandel.

Nachdem die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages mit dem Arbeitgeberverband im Einzelhandel zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben, hat nunmehr auf Antrag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes das Einigungsamt am 6. d. M. folgenden Schiedspruch gefällt:

Für jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren 35 M. pro Woche, von 16—18 Jahren 50 M. pro Woche, von 18—20 Jahren 70 M. pro Woche; über 20 Jahre alte Arbeiter: Anfangslohn 67 M., nach 1/2 Jahr 97 M., nach einem Jahr 108 M. Für weibliche Jugendliche 20 Proz. weniger als die jugendlichen Arbeiter; für weibliche über 20 Jahre 25 Proz. weniger als erwachsene männliche Arbeiter; für besonders schwere Arbeiten werden 10 Proz. Zuschlag gezahlt.

Nach stundenlangen Verhandlungen kam der Schiedspruch zu Stande. Die Arbeitgeber hatten durch Herrn Grünfeld und Herrn Tieg vorher jedes weitere Zustandnis abgelehnt, sie erklärten, daß sie auf ihren Vorschlag, 100 M. pro Woche als Höchstlohn, bestehen bleiben müßten. Berner und Vollmer vom Transport-

arbeiterverband traten diesen Ausführungen entgegen. Am Donnerstag abend lösten nun die Handelsarbeiter in einer Versammlung in der Unionsbrauerei ein, ob sie den Schiedspruch annehmen.

Verfährtester Einstellungszwang für Schwerbeschädigte.

Nach der Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 waren alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büreaus und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 Arbeitnehmer einen Schwerbeschädigten oder Schwerunfallverletzten zu beschäftigen. Nur für die Landwirtschaft galt die besondere Bestimmung, daß schon bei je 50 Arbeitnehmern ein Schwerbeschädigter oder Schwerunfallverletzter einzustellen sei. Die ungünstige Entwicklung des Wirtschaftslebens, die sich jetzt am Eingang des Winters besonders fühlbar macht, hat die Reichsregierung gezwungen, den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte zu verschärfen. Nach einer Verordnung vom 24. September 1919, die am 27. September im Reichsgesetzblatt Nr. 190 veröffentlicht worden ist, wird vorgeordnet, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büreaus und Verwaltungen verpflichtet sind, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Die besondere Behandlung, die die Landwirtschaft bisher erfahren hatte, wird beseitigt. Auch für sie gelten also künftig die vorstehenden Ziffern.

Die Reichsregierung hofft, mit dieser Bestimmung dem dringlichsten augenblicklichen Bedürfnis Genüge zu tun. Im übrigen geht der Entwurf zu dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in diesen Tagen dem Reichsrat zu. Es ist zu hoffen, daß Reichsrat und Nationalversammlung in der Lage sein werden, dieses Gesetz mit der möglichsten Beschleunigung zu erledigen, damit an Stelle der vorläufigen Regelung eine endgültige Gestaltung tritt.

Nach Halleischem Muster. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir unter obiger Ueberschrift den wesentlichen Inhalt eines Aufrufs, den eine Fünfzehnerkommission in der Elektroindustrie zur Einberufung einer Reichskonferenz nach Halle a. S. erließ. Wir knüpfen daran die Vermutung, daß diese Tagung nicht die Aufgabe habe, durch einen organisierten Ausbruch den Lebensnerv der Industrie zu treffen. Vom Arbeiterrat der Bergmann-Elektrozitwerke erhalten wir jetzt unter Verfassung des Aufrufs die Mitteilung, daß die Konferenz nur deshalb nach Halle einberufen sei, weil die Kommission Halle für den zentralen Knotenpunkt Deutschlands befunden habe. Insofern wir von dem übrigen Inhalt des Aufrufs nichts veröffentlicht haben, wird in demselben hauptsächlich auf die Ueberlegenheit des organisierten Unternehmertums verwiesen. Ihm gelte es, durch die Zusammenschließung der Betriebs- und Bureauarbeitnehmer etwas Gleiches entgegenzusetzen und mit den richtigen Leuten am richtigen Platze den Sozialismus auf der Grundlage des Rätegedankens zu verwirklichen.

Wir erwarten mit Spannung die Tagung und erwünschten nichts lieber, als wenn wir durch einen eingehenden Bericht die Ueberzeugung erhalten, daß unsere Ratsmachungen irrig waren. Wer indessen den Sinn der Sprache erfährt — und der Aufruf läßt an Deutlichkeit ja nichts zu wünschen übrig —, wird sich über den Zweck der Tagung nicht eines Augenblicks im Zweifel sein.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen in der Berliner Asphaltindustrie.

Die Berliner Asphaltarbeiter hatten den Tarif, der bis zum 30. September d. J. in Kraft war, gekündigt. Auf Grund des vom Verband angeregten Tarifvertrages fanden in den letzten Tagen mit den Unternehmern Verhandlungen statt. Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten wurde dennoch eine Einigung, die einen günstigen Abschluß für die Arbeitnehmer darstellt, erzielt. Die Hauptpunkte sind kurz folgende: Der Stundenlohn beträgt in Lohnklasse 1 (Hilfs- und Hofarbeiter) M. 2,35 (M. 2), für Funktionsarbeiter (Schmelzer, Darreer, Destillateure, Pappmacher, Reiber, Reger, Stampfer, Streicher, Keilhalter) in Lohnklasse 2 M. 2,50 (M. 2,25), für Spachtler, Vorarbeiter, sowie alle Personen, die eine verantwortliche Stellung innehaben, in Lohnklasse 3 M. 2,70 (M. 2,55). Für Frauen beträgt der Stundenlohn M. 1,50, für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren ist freie Vereinbarung unter Einwirkung des Arbeiterausschusses zulässig, in dessen Fall der Stundenlohn unter 1,75 M. nicht stehen. Dort, wo höhere Lohnsätze bereits gezahlt werden, darf eine Kürzung nicht stattfinden.

Bei Invalidentretern ist freie Vereinbarung des Lohnes nach Anhörung des Arbeiterausschusses zulässig. Für Antidier ist der Wochenlohn auf 180 M. bei 12stündiger Arbeitszeit einschließlich der Pausen festgesetzt. Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit sind mit 2,50 M. extra pro Stunde zu bezahlen. Für Nachtarbeit werden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag vom Lohn gezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten werden 8 M. pro Tag einschließlich der Sonn- und Feiertage gezahlt. Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. Fahrgehalt wird für Arbeiten, die außerhalb Groß-Berlins liegen, für die 8. Wagenklasse bemittelt und bis zu einer Stunde Laufzeit als Lohn angerechnet. Das Fahrgehalt wird nach allen Orten außerhalb der Stadtkreise Berlin, Rendsburg, Wilmerdorf, Schöneberg und Charlottenburg gezahlt.

Streikabschluß in der Chromolithographischen Branche.

Nach der letzten Verammlung der Streikenden sind die Vertreter beider Parteien durch Vermittlung des Arbeitgebervereins der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierverarbeitung nochmals zu Verhandlungen zusammengetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen

wurde einer am Dienstag nachmittag abgehaltenen, sehr stark besuchten Versammlung der Streikenden vorgelegt. Die Wochenlöhne sind folgendermaßen festgesetzt:

Männliche Arbeitskräfte in Lohngruppe A 97,50 M. Gruppe B 87,50 M. Gruppe C 75 M. Diese Sätze steigen ab 1. Januar auf 100 M., 90 M., 77,50 M. Weibliche Arbeitskräfte erhalten in denselben Gruppen 50 M., 45 M. und 42,50 M. Am 1. Januar steigen die Sätze in den Gruppen A und B auf 52,50 M. und 47,50 M. Für jugendliche Arbeiterinnen von 14—18 Jahren sind Wochenlöhne von 22,50 M. bis 35 M. festgesetzt. Die Tarifkommission soll so bemessen werden, daß bei normaler Arbeitsleistung 15 Proz. mehr als im Wochenlohn verdient werden können.

Die Lohnsätze bleiben zwar hinter denen zurück, die in dem von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedspruch vorgesehen waren, aber sie bedeuten eine bei den bisher am niedrigsten entlohnten Arbeitkräften sehr erhebliche Verbesserung der alten Löhne. In der Versammlung wurde betont, daß der Streik sowohl in moralischer als in materieller Hinsicht einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt habe. Die einmütige Arbeitsniederlegung und das ebenso einmütige Aushalten im Streik haben ihren Eindruck auf die Unternehmern nicht verfehlt. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit die Annahme der Vereinbarung, den Abschluß eines bis zum 31. März 1920 laufenden Tarifvertrages und die Wiederaufnahme der Arbeit bis kommenden Donnerstag.

Zu den Forderungen der holländischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Neulösn wird uns vom Magistrat folgendes mitgeteilt: Der Magistrat und die aus allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Personaldeputation haben sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß einmalige Entschädigungssummen weder an Beamte noch an sonstige Angestellte der Stadtgemeinde gezahlt werden können. Mit der gleichen Entscheidung sind Magistrat und Personaldeputation aber dafür eingetreten, daß eine Verbesserung der laufenden Dienstbezüge erfolgen muß, wenn das Ergebnis der in Berlin zwischen den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden stattfindenden Besprechungen diese Notwendigkeit ergeben sollte. Es gewinnt den Anschein, als ob die Angestellten über die Sachlage und den Gang der Dinge nicht vollständig unterrichtet worden sind. Für den Fall, daß in Berlin die Bewilligung eines Vorstufes erfolgt, wird automatisch auch in Neulösn eine gleichartige Regelung Platz greifen. Mit Rücksicht auf diese Sachlage darf von Seiten der Angestellten erwartet werden, daß sie sich nicht zu Maßnahmen hinreichend lassen, die eine schwere Schädigung der Allgemeinheit im Gefolge haben. Es muß im übrigen darauf hingewiesen werden, daß die Befolgung der Hilfskräfte durch Tarifvertrag seit dem 1. Mai d. J. neu geregelt ist. Durch die jetzigen erst am 15. September erhobenen neuen Forderungen auf Zahlung einer Wirtschaftshilfe von 1000 M. für Verheiratete und 600 M. für Ledige wird von den Hilfsarbeitern für eine zurückliegende Zeit für die ein neuer Tarifvertrag bereits bestand, eine erhebliche Verbesserung der Befolgung angestrebt.

Washington.

Wie uns aus Bern gemeldet wird, hat das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam beschlossen, vor dem Zusammentritt der Washingtoner Konferenz dortselbst eine Sitzung der gewerkschaftlichen Internationale einzuberufen. Für die Schweiz ist Konrad Jig abgeordnet.

Aus Kopenhagen wird uns gemeldet: Die dänischen Vertreter für die Konferenz in Washington sind ernannt worden. Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbureaus in Amsterdam, D u b e e s t, hat den vereinigten Gewerkschaften telegraphisch mitgeteilt, daß die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs an der Arbeitskonferenz in Washington mit den gleichen Rechten wie die übrigen Länder teilnehmen können.

Chemische Industrie und chemischer Großhandel. Am Donnerstag, den 9. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Mittelliederverammlung der Sektionen chemische Industrie und chemischer Großhandel im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bewegung in der Sektion. 2. Ueber neues Urteilsstatut. 3. Wahl der Sektionsleitung. 4. Freie Aussprache. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Gäste dürfen eingeführt werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter im Einzelhandel. Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, Unionsbrauerei, Holtenauerstraße 23/24. Branchenversammlung. 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Berliner Einigungsamt. 2. Diskussion und Beschlußfassung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bildungsveranstaltungen.

Tach- und Freihochschule für Eisenbahner zu Berlin. Beginn des Wintersemesters 12. Okt. Gebühr pro Semester 15 M. Unterricht täglich 5—9 auf dem Bahnhalle und Potsdamer Bahnhof sowie im holländischen Gymnasium und in der Fortbildungsschule Warburgstraße. Meldungen täglich von 5—6 im Vorzimmer des Anhalters Bahnhofs.

Jugendveranstaltungen.

Betriebsvertrauensleute, Schlichter, Funktionäre. Heute abends 7 Uhr, Jugendheim, Lindenstr. 3, Vortrag: „Das Taylorsystem“. Betriebsangelegenheiten.

Preussischer Fortschritt. Heute abends 7 1/2 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 93, Vortragabend: Die Geschäfte der deutschen Arbeiterbewegung.

Vichtenberg. Heute abends, 7 Uhr, im Jugendheim, Parlaue 14, Mittelliederverammlung.

Veranst. für den reaktion. Teil: Alfred Scholz, Rendsburg; für Anzeigen: Theodor Glaser, Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3, Ostra 2 Bellagen.

WOTAN
gasgefüllt
Die bevorzugte Glühlampe